

Das Parlament

Berlin, Montag 12. August 2019

www.das-parlament.de

69. Jahrgang | Nr. 33-34 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

In China unerwünscht

Margarete Bause Jetzt ist sie bundesweit bekannt: Wegen der Grünen-Abgeordneten Margarete Bause darf der Ausschuss Digitale Agenda seine geplante China-Reise Ende August nicht antreten. Peking verweigert Bause, die sich kritisch zur Menschenrechtslage in dem kommunistischen Land äußert, die Einreise. Der Ausschuss will aber seine Teilnehmerliste nicht ändern. Bause ist Grünen-Obfrau im Menschenrechtsausschuss und gehört dem Digitalausschuss eigentlich nicht an. Die Grünen-Fraktion hatte sie aber in einem Brief an den Bundestagspräsidenten für die China-Reise als Vollmitglied benannt. Bause, seit 2017 für Bayerns Grüne im Bundestag, hatte Peking im November 2018 durch einen Antrag über die Verfolgung der muslimischen Uiguren verärgert. Peking wolle „Leute, die sich klar und deutlich für Menschenrechte aussprechen, zum Schweigen bringen. Der Bundestag darf sich das nicht gefallen lassen“, sagt Bause. kru

ZAHL DER WOCHE

100.000

Menschen demonstrierten am 3. August in Hongkong gegen die Peking-treue Stadtregerung. Der Marsch blieb weitgehend friedlich. Die Massenproteste in der ehemaligen britischen Kronkolonie gehen mittlerweile in den dritten Monat.

ZITAT DER WOCHE

»Letztendlich werden sie alle bestraft werden.«

Yang Guang, Sprecher der für Hongkong zuständigen Behörde in Peking, zu den Massendemonstrationen und dem Generalstreik in der Sonderverwaltungszone

IN DIESER WOCHE

- THEMA**
Interview Die SPD-Abgeordnete Dagmar Schmitz im Gespräch **Seite 2**
- Diktatur** Die KP Chinas beherrscht Staat und Gesellschaft **Seite 6**
- Strategie** Der gefährliche Inselstreit im Südchinesischen Meer **Seite 10**
- Kultur** Warum der Export von Chinas Lebensweise nicht gelingt **Seite 13**
- Netzwerk** Porträt einer regionalen deutsch-chinesischen Gesellschaft **Seite 14**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



American Dream in China

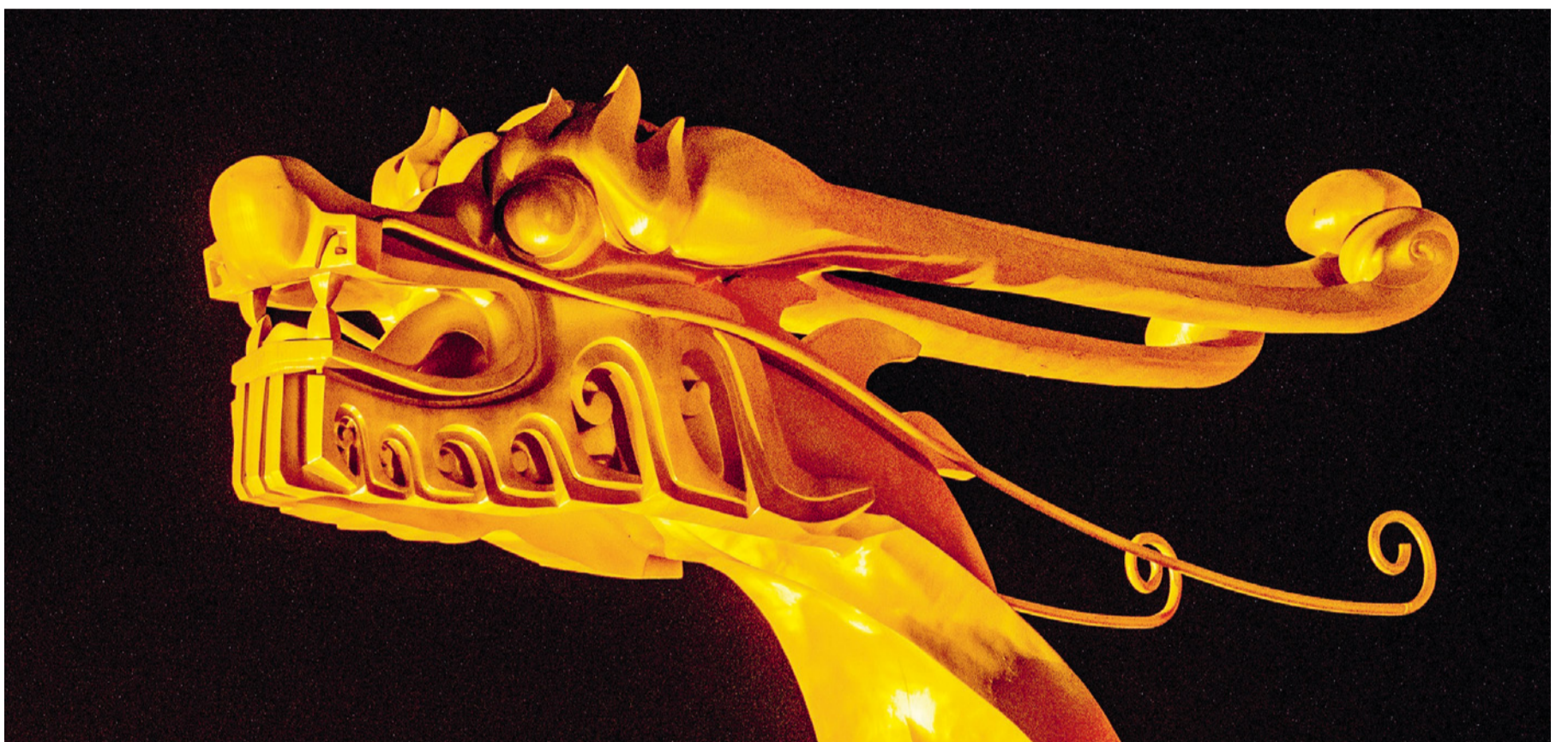
70 JAHRE VOLKSREPUBLIK Mit dem rasanten Aufstieg des Landes verändert sich die Weltordnung

Der rebellische Donald Trump, der eigensinnige Putin, die zerstrittenen Europäer oder die Krise der Volksparteien: All das sind Unterströmungen eines globalen Epochenwandels, bei dem die Chinesen stoisch Regie führen. China ist innerhalb weniger Jahrzehnte von einem der ärmsten Länder der Welt zur größten Handelsnation und kaufkraftbereinigt zur stärksten Volkswirtschaft aufgestiegen. Das ist einmalig in der Weltgeschichte. Und dennoch erfasst das nicht die volle Dimension des Wandels. Es geht um mehr: Der Westen kann die globalen Spielregeln nicht mehr allein bestimmen, obwohl das jahrhundertlang selbstverständlich war. Im 17., 18. und 19. Jahrhundert hielten die Europäer die Zügel in der Hand. Im 20. Jahrhundert die Amerikaner. Nun jedoch verschiebt sich der globale Machtschwerpunkt offensichtlich dauerhaft in Richtung Asien, mit China als Zentrum. Der „American Dream“ wird chinesisch.

Seitdem die Mongolen 1241 in Europa waren, hat kein asiatisches und auch kein anderes nichtwestliches Land einen so großen wirtschaftlichen und geopolitischen Einfluss gehabt. Das Mongolenreich zerfiel rasch wieder. China wurde Großmacht, allerdings ohne globale Ambitionen. „Die Reise in den Westen“ heißt eines der bekanntesten chinesischen Volksepen – nicht etwa „Den Westen bekehren“ oder gar „Kampf gegen den Westen“. Die Reise des Mönches Xuanzang, auf der das Epos basiert, war kein Kreuzzug, sondern die Bildungsreise eines Vertreters einer starken und innovativen Nation. Aus der Stärke wurde jedoch Überheblichkeit. Die chinesischen Kaiser konnten sich nicht vorstellen, dass außerhalb von China etwas Sinnvolles erfunden werden könnte. Die Chinesen verpassten die industrielle Revolution. Die Wirtschaft brach ein und China wäre an dieser Krise im 19. und 20. Jahrhundert fast zerbrochen. Mao Zedong hat das Land unter großen Opfern im letzten Moment geeint. Der Reformler Deng Xiaoping hat es geöffnet.

Streben Nun jedoch genügt China nicht länger sich selbst. Der chinesische Präsident Xi Jinping geht den nächsten Schritt. Auch er will niemanden bekehren, strebt jedoch nach einem dauerhaften, weltumspannenden Einfluss. Dass China nicht mehr „nur“ die Fabrik der Welt ist, sondern inzwischen auch ein Innovationszentrum mit neuen, dynamischen Silicon Valleys wie beispielsweise der südchinesischen Stadt Shenzhen, gibt dem Staats- und Parteichef Rückenwind. Das lange bestimmende Machtgleichgewicht zwischen dem Westen und China verschwindet. Inzwischen verfügt nicht mehr ausschließlich der Westen über die beste Technologie, während China den größten Wachstumsmarkt der Welt kontrolliert. Die tief sitzende Angst, noch einmal eine industrielle Revolution zu verpassen, hat die chinesische Politik dazu gebracht, Innovationen unter fast allen Umständen zu fördern. Das ist erstaunlich gut gelungen – in dem Maße, dass die Chinesen nicht nur bei Elektroautos oder Hochgeschwindigkeitszügen nun die Technologie und den Wachstumsmarkt besitzen, sondern dass auch ihr globaler politischer Einfluss dramatisch zunimmt.

Dabei darf man eines nicht vergessen: China hat heute noch ein Pro-Kopf-Einkommen auf dem Niveau von Bulgarien. Was wir derzeit sehen, sind gewissemaßen erst die Lockerungsübungen eines erwachenden Riesen, der mit fortschreitender Digitalisierung und künstlicher Intelligenz erst richtig Fahrt aufnehmen dürfte. Xi ist also durchaus nicht großwahn sinnig, wenn er als der „Kaiser“ in die Annalen eingehen möchte, der es als erster Herrscher in der 3.500-jährigen Geschichte des Landes



Läng ist der Name des chinesischen Drachens, der über Jahrhunderte Symbol der Kaiser des Reichs der Mitte war und als Urahn des Menschen gilt.

© picture-alliance/dpa

wagt, aus China ein Land zu machen, das die Weltordnung entscheidend mitbestimmt. Das sind die neuen Dimensionen, in denen die chinesische Führung 70 Jahre nach Gründung der Volksrepublik denkt. Wir im Westen fahren derweil auf Sicht.

Geleitzug Präsident Xi ist mit seiner Strategie der „Eroberung“ anderer Länder ohne militärische Mittel in einem kurzen Zeitraum erstaunlich weit gekommen. Ein asiatischer Nachbar nach dem anderen reiht sich in den Geleitzug von Chinas Aufstieg ein, auch wenn hier und da ein Murren zu hören ist. China hat sich in Afrika, wenn auch nicht ohne Widersprüche und Fehler, viele neue Freunde geschaffen. Die USA spielen in Asien und Afrika eine immer geringere Rolle. Die Europäer haben sich von der Weltpolitik weitgehend verabschiedet und sind mit sich selbst beschäftigt. China sorgt zudem inzwischen mit bilateralen Verträgen und monetärem Einfluss geschickt dafür, dass es für Europa kaum mehr möglich ist, mit einer Stimme zu sprechen, wenn es um eine Strategie gegenüber China geht. Zuletzt hat sich Italien für chinesische Milliardeninvestitionen entschieden – Brüssel war alles andere als begeistert. Es rächt sich nun für die Europäer, dass sie den Aufstieg Chinas über Jahrzehnte hinweg vollkommen unterschätzt haben.

China ist innerhalb weniger Jahrzehnte zur größten Handelsnation aufgestiegen.



Der Rivale Donald Trump ist für Präsident Xi ein Ärgernis und Segen zugleich. Ein Ärgernis, weil die Weltpolitik unberechenbar wird und weil der US-Präsident unverhohlen versucht, die wirtschaftliche Aufholjagd Chinas zu bremsen. Das, und nicht die bisher nicht belegten Sicherheitsbedenken, ist der entscheidende Grund, warum die USA Huawei, den größten Telekommunikationsnetzausrüster der Welt, mit allerlei Sanktionen belegt haben und die Tochter des Firmengründers in Kanada auf Druck der US-Ermittlungsbehörden verhaftet wurde, wo sie seit Monaten unter Hausarrest steht. Dass sich mit Ausnahme Australiens und Neuseelands niemand diesem Kreuzzug anschließen mag, ist bezeichnend für den schleichenden Machtverlust der USA. Ein Segen ist Trump aus Pekinger Sicht, weil er China zusammenschweift und weil er die Chinesen zwingt, noch schneller technologisch von den USA unabhängig zu werden. Chinas Macht ist bereits groß: Wer ist mächtiger als die deutsche Autoindustrie? Wer hat den längeren Atem gegenüber den Zumutungen von Donald Trump? Wer ist erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg in der Lage, ohne den Westen neue globale Institutionen durchzusetzen? Wer ist der größte Gläubiger der Amerikaner? Die Antwort lautet stets: China.

Wenn man Mitbestimmung global zu Ende denkt, kann dabei nur eines herauskommen: One man, one vote – so wie es unseren westlichen Wertvorstellungen entspricht. Gemessen an unseren eigenen Standards können wir es uns nicht mehr leisten, auf globaler Ebene eine Ausnahme zu machen und als eine Minderheit einer Menschheitsmehrheit unsere Vorstellung der Weltordnung aufzuzwingen. China fordert nichts weniger als das Jahrhundert der globalen Gleichheit.

Immer mehr aufsteigende Länder in Asien, Südamerika und Afrika treten dieser chinesischen Initiative gerne bei. Dass China global mehr Mitbestimmung einfordert, selbst aber keine Demokratie ist, spielt für diese Länder kaum eine Rolle, oft auch dann nicht, wenn sie selbst demokratisch verfasst sind. China hat die Macht, seine Vorstellungen durchzusetzen, die sich oft mit denen anderer Aufsteiger decken. Vorwürfe aus dem Westen wie den Mangel an Demokratie spielt Peking routiniert zurück: Die Protagonisten der Französischen Revolution seien auch nicht demokratisch legitimiert gewesen.

Spielräume Die westlichen Kolonialmächte haben einst Chinas gottesandten Herrscher vertrieben. In der westlichen Welt wurden der Adel entmachteter, Demokratien etabliert, Sklaverei und Rassentrennung überwunden, die Gleichheit von Männern und Frauen proklamiert. So wie im 19. Jahrhundert der Adel in den europäischen Nationalstaaten als mächtige Minderheit keine Chance hatte, seine absolute Macht gegen den Willen des Volkes zu erhalten, so werden auch die Möglichkeiten des Westens auf globaler Ebene immer kleiner, als Minderheit der Mehrheit die Regeln zu diktieren. Je früher wir uns darauf einstellen, desto mehr Spielraum haben wir, unsere Vorstellungen in diese neue Weltordnung einzubringen. Viel Zeit bleibt allerdings nicht mehr. Das Jahrhundert der globalen Gleichheit hat längst begonnen. Es entwickelt sich weiter, und wenn es sein muss, auch ohne uns.

Der Autor ist Journalist und Autor (zuletzt „Zukunft? China!“) und berichtet seit 25 Jahren aus Peking.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



EDITORIAL

Schwieriger Umgang

VON JÖRG BIALLAS

China ist ein Land der Superlative. Alles ist größer, alles ist anders als sonst wo auf der Welt. Das macht das Reich der Mitte gleichermaßen faszinierend wie bedrohlich. In einem beispiellosen Transformationsprozess hat sich China der internationalen Marktwirtschaft geöffnet. Gleichzeitig verzichtet die Führung des Landes nicht auf die gesellschaftlichen Fesseln der kommunistischen Wurzeln. Menschenrechte, Datenschutz, die individuellen Freiheiten sind weit entfernt von westlichen Maßstäben. Das haben jetzt gleich zwei Gremien des Deutschen Bundestages erleben müssen. Delegationen des Menschenrechtsausschusses und des Ausschusses Digitale Agenda wurde die Einreise nach China zu einem Informationsbesuch verweigert. Die inneren Angelegenheiten gingen Parlamentarier anderer Länder nichts an, so die Botschaft aus Peking. Dass das Regime damit demokratischen Spielregeln die kalte Schulter zeigt, wird dort vermutlich niemandem bekümmern. Immerhin hat die Debatte über das Einreiseverbot für deutsche Abgeordnete die nach wie vor skandalösen Verletzungen der Menschenrechte in China hierzulande abermals in den Fokus gerückt. Wenigstens das.

Wie also sollte die Welt mit China umgehen? Ein Land, das militärisch gern die Muskeln spielen lässt und das anstrebt, weltweit die stärkste Armee zu stellen. Ein Land, dessen wirtschaftliche Potenz keinen Zweifel zulässt, dass dieses Ziel auch erreicht wird. Ein Land, das geschickt Einfluss auf andere Länder nimmt, indem es sich als Partner andient, etwa beim Seidenstraßen-Projekt oder bei der Rohstoffgewinnung in Afrika. Eines steht fest: Ohne China läuft die Weltpolitik ins Leere. Deshalb ist Kommunikation gefragt. Ebenso wie der stete Verweis darauf, dass die Zukunft dieser Welt nicht gegeneinander, sondern nur miteinander zu gestalten sein wird. Die stimmungsschwankende Twitter-Diplomatie eines egozentrischen US-Präsidenten ist angesichts dieser Herausforderung leider nicht nur lächerlich, sondern vor allem gefährlich.

Wir erleben ein Zeitalter, in dem sich die bisherigen Achsen der Macht verschieben. Daraus erwächst auch die Notwendigkeit, dass sich Europa endlich glaubwürdiger als politische Einheit präsentiert. Gelingt das nicht, wird China den Kontinent immer weniger als relevante Größe wahrnehmen.



Die Präsidenten Russlands, Chinas und der Türkei, Wladimir Putin, Xi Jinping und Recep Tayyip Erdogan (vorne von links nach rechts), im Mai beim Seidenstraßen-Forum in Peking. Das Megaprojekt umfasst unter anderem Straßen und Schifffahrtsrouten und soll Chinas globalen Einfluss ausbauen. Bereits in Betrieb ist die Zugverbindung Duisburg-Chongqing (unten rechts). Der griechische Hafen von Piräus (oben rechts) gehört seit 2016 mehrheitlich einer chinesischen Reederei. © picture-alliance/Sergey Guneev/Pool/Sputnik/Photoshot/duisport/dpa

Globalisierung made in China

NEUE SEIDENSTRASSE Peking investiert Milliarden in ein weltumspannendes Netz aus Handelsrouten

An einem Tag im Mai 2017 erfährt Chinas Führung so viel Lob von den Welteliten, die sie in Peking zusammengerufen hat, dass es stutzig machen muss. Hunderte Vertreter von Regierungen und internationalen Organisationen, darunter 27 Staats- und Regierungschefs, haben sich im Nationalen Kongresszentrum neben dem Pekinger Olympiastadion versammelt. Das Seidenstraßen-Forum, erstes Treffen seiner Art, soll dem chinesischen Jahrhundertprojekt einen Schub verpassen. Die Neue Seidenstraße habe das Potenzial, dem Terrorismus ein Ende zu setzen, schwärmt der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan. Russland habe Chinas Vision von Anbeginn unterstützt, versichert der russische Präsident Wladimir Putin. Pakistan bewundere China für die Initiative, schmeichelt der damalige pakistanische Premier Nawaz Sharif.

Zu den wenigen, die nicht in den Jubel einstimmen, gehört die als Vertreterin Berlins angesehene damalige Bundeswirtschaftsministerin: Natürlich brauche die Welt bessere Infrastruktur, sagt Brigitte Zypries (SPD). Wer die bauen wollte, möge sich jedoch an internationale Arbeits- und Umweltstandards halten und die Aufträge transparent vergeben. Lange vor Ablauf ihrer Redezeit verlässt sie das Rednerpult bereits wieder.

Damit sind die zwei Positionen markiert, die die Debatte um Chinas Neue Seidenstraße bis heute prägen. In ihrem Rahmen sollen nach dem Willen Pekings weltweit Brücken, Häfen, Bahntrassen, Straßen, Kraftwerke, Pipelines und Mobilfunknetze instand gesetzt, erweitert oder neu gebaut werden – für angeblich bis zu 1.000 Milliarden US-Dollar. Neue Handelsabkommen, aber auch kultureller und wissenschaftlicher Austausch, sollen diese Investitionen flankieren.

Es geht um nicht weniger als eine neue Art der Globalisierung, made in China. Außerdem will die Regierung der Volksrepublik die Wirtschaft des Landes modernisieren und China zu einer Hightech-Nation umbauen. Es dürfte die Konjunktur stabilisieren, wenn die bisherigen Wachstumstreiber im Zuge der Neuen Seidenstraße mehr exportieren könnten. Dazu gehören auch die chinesischen Bau-, Bahn- und Energiekonzerne, die schon seit der Jahrtausendwende Großprojekte in Afrika umgesetzt haben.

Der chinesische Staats- und Parteichef Xi Jinping hat die Idee erstmals im September 2013 bei einer Rede vor Studenten im kasachischen Astana vorgestellt. Welche Bedeutung die Regierung der Initiative beimisst, zeigt sich daran, dass die Propaganda nahelegt, Xi persönlich habe die Idee dazu entwickelt. 2017 wurde sie in die Verfassung aufgenommen. Die politische Koordination obliegt einem Gremium, dem Vizepremier Han Zheng vorsitzt, als Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros einer der sieben mächtigsten Männer des Landes. Höher kann man ein Vorhaben in China nicht hängen.

Was es allerdings konkret umfasst, ist kaum zu sagen. Folgt man der Zählung der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua, zeigt sich zwar, dass Ende April 2019 bereits 126 Länder und 29 internationale Organisationen Kooperationsabkommen mit China unterzeichnet haben. Als Teilnehmerländer im engeren Sinne gelten 71 Staaten. Doch Peking hat nie definiert, welche Kriterien ein Projekt zu erfüllen hat, um als Teil der Neuen Seidenstraße zu gelten. Auch ein Datum, wann die Initiative ihren Abschluss finden soll, wurde nicht festgesetzt. Eine Liste anerkannter Projekte oder Partnerunternehmen existiert nicht. Der deutsche China-Thinktank Merics hat eine umfangreiche, wenngleich nicht erschöpfende Datenbank aufgesetzt, die letz-

teres nachzulesen versucht; laut den Berliner Forschern hat China bis 2018 im Rahmen der Initiative immerhin schon 70 Milliarden Dollar in Infrastrukturprojekte investiert. Das Reconnecting Asia Project des Washingtoner Center for Strategic and International Studies (CSIS) kam für den Zeitraum von 2014 bis 2017 alleine für Transportinfrastruktur – also ohne Kraftwerke oder IT – auf etwa 90 Milliarden Dollar. Das American Enterprise Institute, das Investitionen aus allen Sektoren mit einbezieht, hatte für denselben Zeitraum schon ein Gesamtvolumen 340 Milliarden Dollar errechnet. Die Finanzierung stammt in vielen Fällen von chinesischen Staatsbanken oder dem eigens eingerichteten Seidenstraßenfonds, doch auch multilaterale Geber wie die neue Asian Infrastructure Investment Bank oder private Finanzinstitute beteiligen sich.

Fest steht: Die Summen sind erheblich, aber weit entfernt von den avisierten 1.000 Milliarden Dollar. Am besten versteht man sie als Zielgröße – oder auch: als Propaganda – aber nicht als Ergebnis einer detaillierten Kalkulation. Die Neue Seidenstraße ist demzufolge weniger ein konkreter Plan als eine Vision und eine Marke. Wie schwammig das Konzept ist, lässt sich schon daran ablesen, dass nicht einmal sein Name festgelegt zu sein

scheint: Sprach man zunächst von „One Belt, One Road“ oder OBOR, ist dieser Tage „Belt and Road Initiative“ am geläufigsten, kurz BRI.

Mit dem „Gürtel“ ist ein Wirtschaftskorridor in Eurasien gemeint, mit der „Straße“ ein Netz von Schifffahrtsstraßen über die Meere, die gemeinsam Asien, Afrika und Europa enger zusammenbinden sollen. Zuletzt wurden auch Lateinamerika und die Arktis als Zielregionen genannt, der regionale Fokus weitet sich also. In der Diskussion oft übersehen wird die angestrebte Digitale Seidenstraße, die neben Investitionen in Netzwerkinfrastruktur auch IT-Standardisierungen gemäß chinesischen Vorstellungen vorsieht.

Historische Metapher Es ist kein Zufall, dass die Seidenstraßen-Metapher öfter im Gebrauch ist als die sperrigen Abkürzungen OBOR oder BRI. Auch die historische Handelsroute war ja keine Straße im Wortsinn, sondern ein Infrastrukturgeflecht, das einen auf China ausgerichteten Handelsraum zusammenhielt. Zudem spricht aus chinesischer Perspektive für den Begriff, dass er für westliche Ohren romantische Abenteuer mit glücklichem Ausgang transportiert: War es nicht der Europäer Marco Polo, der über die Seidenstraße China erreichte, in die Dienste des Großkhans trat und später ruhmreich nach Venedig zurückkehrte? Im kulturellen Gedächtnis des Westens ist die historische Seidenstraße mit tatkräftigen Europäern verbunden, die den Osten „entdecken“ und ihn sich aneignen – nicht mit der Vorstellung, dass es

auch einmal andersherum laufen könnte. Tatsächlich scheint China die PR-Schlacht bislang für sich zu entscheiden. Nicht nur, dass chinesische Staatsmedien, allen voran der in den vergangenen Jahren massiv erbaute internationale Sender CGTN, intensiv über die Initiative berichten. China hat zudem eine Belt and Road Media Community ausgerufen, in der sich TV-Unternehmen vor allem aus Asien, Afrika und dem Nahen Osten zusammengeschlossen haben. Ihre Aktivitäten reichen von Co-Produktionen über Journalistenpreise bis hin zu einem Silk Road Channel, der gemeinsam mit Content bestückt werden soll. Offenbar haben diese Anstrengungen Erfolg: Laut chinesischen Staatsmedien hat sich die Bekanntheit der BRI zwischen 2014 und 2017 bei einer 22 Länder umfassenden Befragung von sechs auf 18 Prozent verdreifacht.

Die Initiative folgt chinesischen Regeln. Laut dem Direktor des Reconnecting Asia Projects am CSIS, Jonathan Hillmann, gingen bis Anfang 2018 ganze 89 Prozent der Aufträge an chinesische Unternehmen. Firmen aus dem jeweiligen Gastland erhielten 7,6 Prozent der Verträge, Dritte 3,4 Prozent. Das gibt der Kritik Gewicht, die Initiative sei in erster Linie ein Förderprogramm für chinesische Staatskonzerne. Dass Seidenstraßen-Projekte sich häufig nicht an internationalen Arbeits-, Finanzierungs- und Umweltstandards orientieren, sondern an denen Chinas, setzt chinesische Konzerne ebenfalls in vielen Fällen in Vorteil.

Dessen ungeachtet sind manche der bisher verwirklichten Projekte auch ein Erfolg für die Gastländer. So etwa die Wiederbelebung des Hafens von Piräus bei Athen. Seit die China Development Bank 2009 den Einstieg der staatlichen chinesischen Reederei Cosco finanzierte, hat sich der Umschlag von 665.000 auf 4,9 Millionen Standardcontainer mehr als verdreifacht; 2019 könnte Piräus zum umsatzstärksten Hafen des Mittelmeers aufsteigen.

Andere Projekte haben sich dagegen als weniger vorteilhaft herausgestellt. Das wohl bekannteste Beispiel hierfür ist der von chinesischen Firmen gebaute Tiefwasserhafen von Hambantota in Sri Lanka. Zunächst völlig unterausgelastet, wurde er im Zuge einer Zahlungs Krise des Landes für 99 Jahre verpachtet – und befindet sich heute im Mehrheitsbesitz eines teilstaatlichen Konglomerats mit Sitz in Hongkong. Die China Merchants Port Holding bekam darüber hinaus den Zuschlag, im Hinterland eine Sonderwirtschaftszone zu entwickeln, die Hambantota endlich rentabel machen könnte. Nur werden die Profite nicht in Sri Lanka verbleiben, sondern nach China fließen.

Peking hat das den Vorwurf eingebracht, seine Partner in eine Schuldenfalle zu locken, um sich dann ihr strategisches Kapital unter den Nagel zu reißen. Auch wenn er empirisch schlecht belegt ist, gilt: Je tiefer ein Land bei den Chinesen in der Kreide steht, desto höher ist der Druck, Konzessionen und eine pro-chinesische Politik zu machen. Laos und Kambodscha etwa,

die beide am Geldhahn der Volksrepublik hängen, halten China im südostasiatischen Staatenbund Asean seit Jahren den Rücken frei, wenn es um die Besitzansprüche im Südchinesischen Meer geht. Weite Aufmerksamkeit erfuhr auch das Unvermögen der EU, im Juni 2017 Chinas Menschenrechtsbilanz in einer gemeinsamen Erklärung zu verurteilen – Griechenland hatte seine Zustimmung verweigert.

Gegenwind aus dem Westen Doch es gibt auch Gegenbewegungen. 2018 hat die EU ihre Konnektivitätsstrategie verkündet, die ebenfalls auf verbesserte Transportwege im eurasischen Raum abzielt. USA, Japan und Australien haben im selben Jahr eine gemeinsame Offensive zum Bau von Infrastruktur im indopazifischen Raum verabredet. Washington will dafür bis Ende 2019 die U.S. International Development Finance Corporation auf den Weg bringen und mit 60 Milliarden Dollar ausstatten. Angesichts dessen hat Xi beim zweiten Seidenstraßen-Forum im April 2019 einige der Kritikpunkte aufgegriffen. In seiner Eröffnungsrede versprach er etwa eine verbesserte Transparenz der Projektfinanzierung und ein größeres Augenmerk auf „grüne“ Entwicklung. Auch werde China einen „Rahmen für Schuldennachhaltigkeit“ einrichten, der sich an den Standards des Internationalen Währungsfonds (IWF) orientieren solle. Die konziliante Rhetorik kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich das Sendungsbewusstsein der Chinesen seit dem Startschuss erheblich verstärkt hat. Hatte Xi der Welt auf dem ersten Seidenstraßen-Forum im Mai 2017 zugesichert, China wolle weder sein Gesellschaftssystem noch sein Entwicklungsmodell exportieren, erklärte er ebenfalls zum Programm, als er auf dem 19. Parteitag im Oktober 2017 eine „neue Ära“ ausrief. Von ihren geostategischen Zielen sind die Chinesen kein Jota abgerückt. Und sie haben Erfolg – auch, weil sie die Sollbruchstellen des Westens für sich zu nutzen wissen. Trotz der um sich greifenden Skepsis hat sich das klamme Italien im März 2019 als erstes G7-Land der Neuen Seidenstraße offiziell angeschlossen. Die Regierung in Rom hofft auf Investitionen in die Häfen von Genua und Triest, ganz wie beim Vorbild Piräus. In Großbritannien hat Boris Johnson schon am Tag, als er zum Premier gewählt wurde, seine „Pro-China“-Haltung zum Ausdruck gebracht: „Wir sind sehr enthusiastisch über die Belt and Road-Initiative“, sagte er dem Hongkonger Sender Phoenix TV. Bislang sieht es nicht so aus, als hätten die EU und die USA der chinesischen Verlockung wirklich etwas entgegenzusetzen. **Georg Fahrion**

»Wir werden der Welt und allen unseren Völkern echten Mehrwert bringen.«

Xi Jinping, Staats- und Parteichef

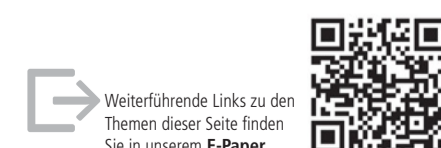
Chinas Initiative zur Neuen Seidenstraße

Mögliche Land- und Seerouten



Geopolitische Interessen Die Befürworter betrachten die Initiative als segensreich: Sie werde für Entwicklung und Arbeitsplätze sorgen und die Welt enger zusammenrücken lassen. Profitieren könnten vor allem Entwicklungsländer, die kaum Zugang zum internationalen Finanzmarkt haben und derlei Projekte aus eigener Kraft nicht stemmen können. Kritiker erkennen dagegen einen Masterplan, um die Weltwirtschaft auf chinesische Bedürfnisse auszurichten, fremde Märkte enger an China zu binden und so nicht nur die ökonomischen, sondern auch die geopolitischen Interessen Pekings durchzusetzen.

Der Autor ist Reporter mit Schwerpunkt Asien beim „Spiegel“ in Hamburg.



Ein Krieg mit lauter Verlierern

WIRTSCHAFT US-Präsident Trump glaubt, aus einem Handelskrieg mit China als Sieger hervorgehen zu können. Er könnte irren

An diese Rede wird Bill Clinton sicherlich nicht gern erinnert. Es war im März 1999. Vor den Häusern des Kongresses warb der damalige US-Präsident für den Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation. Die Welt werde nicht mehr die gleiche sein, versprach er. Die Chinesen würden mit dem Beitritt dazu gebracht werden, den Amerikanern ihre Märkte zu öffnen. Hollywood werde davon ebenso profitieren wie General Motors oder die Farmer im Mittleren Westen. „Wir werden in der Lage sein, Produkte zu exportieren, ohne jedoch Jobs auszulagern“, war Clinton überzeugt. Dass es genau umgekehrt kommen würde, hatten selbst die schärfsten Kritiker nicht vermutet. Zunächst waren es Textilien oder Spielzeug „Made in China“, die die Regale der amerikanischen Discounter und Kaufhäuser füllten. Dann kamen Kühlschränke, Klimaanlage, Flachbildschirme und Spielekonsolen hinzu. Es dauerte nur wenige Jahre, bis weit mehr als die Hälfte aller Konsumartikel in den USA aus der Volksrepublik kamen. Das war zunächst zum beiderseitigen Nutzen: Die Produkte für den US-Markt konnten in China wesentlich günstiger hergestellt werden. Die Konsumenten zwischen New York und San Francisco profitierten von den niedrigeren Preisen. Im Gegenzug bekam China Arbeitsplätze, Absatzmärkte für seine Güter und Wirtschaftswachstum.

China ist dabei, selbst zum weltweiten Technologieführer aufzusteigen.

Längst nicht mehr nur Nachahmer Doch die Kluft wurde größer. Hatte China noch 2003 nur wenig mehr in die Vereinigten Staaten ausgeführt als eingeführt, liegen Chinas Leistungsbilanzüberschüsse gegenüber den USA heute bei über 420 Milliarden Dollar. Für die Industrie in den USA war diese Entwicklung verheerend. Denn in den USA, gingen genau jene Arbeitsplätze verloren, die sich in China entwickelten. Damit nicht genug. Auch der Warenkorb änderte sich. Anfangs waren es einfache Produkte wie Textilien und Spielwaren, die US-Unternehmen bereitwillig nach China auslagerten. Längst werden auch hochwertige Güter wie Computer und Smartphones dort hergestellt. Daraus haben sich neue technische Fertigkeiten entwickelt, die heute in China immer mehr zum Tragen kommen. Chinesen sind nicht mehr länger blinde Kopierer, die bloß das nachbauen, was Ingenieure und Designer in den USA oder Japan entwickelt haben. Ergänzt mit der von der Regierung unterstützten Offensive „Made in China 2025“ ist die Volksrepublik auf bestem Wege selbst zum Technologieführer aufzusteigen.

„In einigen Bereichen sind chinesische Unternehmen bereits in der Top-Liga angekommen“, schreiben Max Zenglein und Anna Holzmann von Merics, dem China-Institut in Berlin. So stammen sieben der zehn wichtigsten Batteriehersteller für E-Fahrzeuge aus China.

US-Präsident Donald Trump hat sich zum Ziel gesetzt, diese Schere zu schließen. Im Wahlkampf hatte er seinen Anhängern versprochen, den großen Rivalen ökonomisch bändigen zu wollen, warf China unsaubere Methoden vor. Die kommunistische Führung in Peking subventioniere Unternehmen und verschaffe ihnen so Wettbewerbsvorteile, sie betriebe Industriespionage. Wenn die ausländische Konkurrenz doch ins Land dürfe, dann nur unter Preisgabe ihres Technologievorsprungs. Die Chinesen hätten zudem jahrelang ihre Währung künstlich niedrig gehalten, um sich auch auf diese Weise Exportvorteile zu verschaffen.

Was Trump bei der Verhängung der Strafzölle offenbar bis heute nicht begriffen hat: Jedem Exportüberschuss, den China gegenüber den USA erzielt, steht ein Rückfluss an Kapital gegenüber. Das ist Handelslogik. Konkret bedeutet das: Amerika kauft Waren von China und bezahlt sie mit US-Dollar. Mit diesen Dollar kauft die Volksrepublik wiederum größtenteils amerikanische Staatsanleihen – und gewährt damit den USA Kredit.

Quelle der US-Staatsfinanzierung Mangels Alternativen hat China einen Großteil seiner Überschüsse in US-Schuldpapieren angelegt. Chinesische Gläubiger halten US-Staatsanleihen und andere Schuldtitle im Wert von wahrscheinlich 1,15 Billionen Dollar. China ist damit der größte Finanzier der US-Regierung. Wenn das Handelsdefizit nun wegen der Strafzölle sinkt, schwindet für Trump seine wichtigste Quelle bei der Staatsfinanzierung – nicht unwichtig angesichts einer Staatsverschuldung von inzwischen mehr als 20 Billionen Dollar.

Seit anderthalb Jahren tobt der Handelskrieg zwischen den beiden größten Volkswirtschaften. Zunächst erhob Trump Strafzölle auf Stahl und Aluminium. Inzwischen hat er auf so ziemlich alle Waren aus der Volksrepublik zusätzliche Strafzölle erhoben. Der Warenwert beläuft sich auf mehr als halbe Billion Dollar. China reagierte zunächst mit Gegenzöllen auf Einfuhren aus den USA „in ähnlicher Höhe“, wie es die Staatsführung betonte. Das Problem für die chinesische Führung: Die Volksrepublik importiert eben nicht so viel aus den USA wie umgekehrt. Und so hat China damit begonnen, sich auch auf andere Weise zu rächen.



Komplizierte Beziehungsgeschichte: US-Präsident Donald Trump (links) und sein chinesischer Amtskollege Xi Jinping am Rande des G-20 Gipfels in Osaka im Juni

© picture-alliance/AP Photo

So wertet die chinesische Führung ihre Währung wieder ab, um auf diese Weise die Strafzölle auszugleichen. Zudem droht Peking damit, die Ausfuhr von Seltenen Erden in die USA zu stoppen. China besitzt nahezu ein Monopol auf diese für die Hightech-Branche so wichtigen Metalle. Die USA wiederum gehen gezielt gegen chinesische Unternehmen vor, etwa Huawei. Trump wirft Chinas erfolgreichstem Technologie-Konzern Spionage vor und fordert auch andere Länder auf, beim Ausbau des so wichtigen 5G-Netzwerkes auf die Technik aus der Volksrepublik zu verzichten.

Trump will Rivalen bremsen Spätestens dabei wird deutlich, dass es Trump längst nicht nur um Zollsätze und Handelsbilanzüberschüsse geht. Er will China als ernst zu nehmenden Rivalen stoppen. In den USA steht er dabei keineswegs alleine da. Auch aus den Reihen der oppositionel-

len Demokraten gibt es Stimmen, die in Chinas Aufstieg eine Bedrohung der Supermacht USA sehen.

Konkret fordert Trump die chinesische Führung auf, ihre Subventionspolitik im Hochtechnologiektor zu stoppen. Das aber kommt für die Kommunistenführer in Peking nicht infrage. Staats- und Parteichef Xi Jinping hat „Made in China 2025“ ins Leben gerufen. Diese Offensive aufzugeben, würde ihn im eigenen Land als Schwäche ausgelegt werden. Offiziell war die chinesische Führung zunächst darum bemüht, auf Trumps Attacken nicht allzu aggressiv zu kontorn. „China will keinen Handelskrieg“, hieß es noch in einem Leitfadens des chinesischen Staatsrats von Ende des vergangenen Jahres. Das Land sei weiter gesprächsbereit. Doch in den Staatsmedien hat sich der Ton verschärft: Die USA wandelten sich von einem „Gründer zu einem Saboteur der glo-

balen Ordnung“, hieß es im Frühjahr in einem Leitartikel des KP-Organs Global Times. Ein Kommentator der etwas moderateren China Daily schrieb von „Unterdrückung der Entwicklung Chinas“. Darauf könne und dürfe Peking sich nicht einlassen.

Langer Konflikt erwartet Noch finden weitere Verhandlungen statt. Doch bei Trump lässt sich überhaupt nicht erkennen, ob er bei den Verhandlungen einer bestimmten Strategie folgt. Mal redet er von seinem „Freund Xi“ und dass die Verhandlungen kurz vor dem Durchbruch stünden. Im nächsten Moment nimmt er alles wieder zurück und verkündet weitere Strafzölle. Hat die Führung in Peking anfangs noch geglaubt, mit Pomp und Glitzer und ein paar Zusagen ließe Trump sich umstimmen, geht sie inzwischen von einem lange andauernden Konflikt aus.

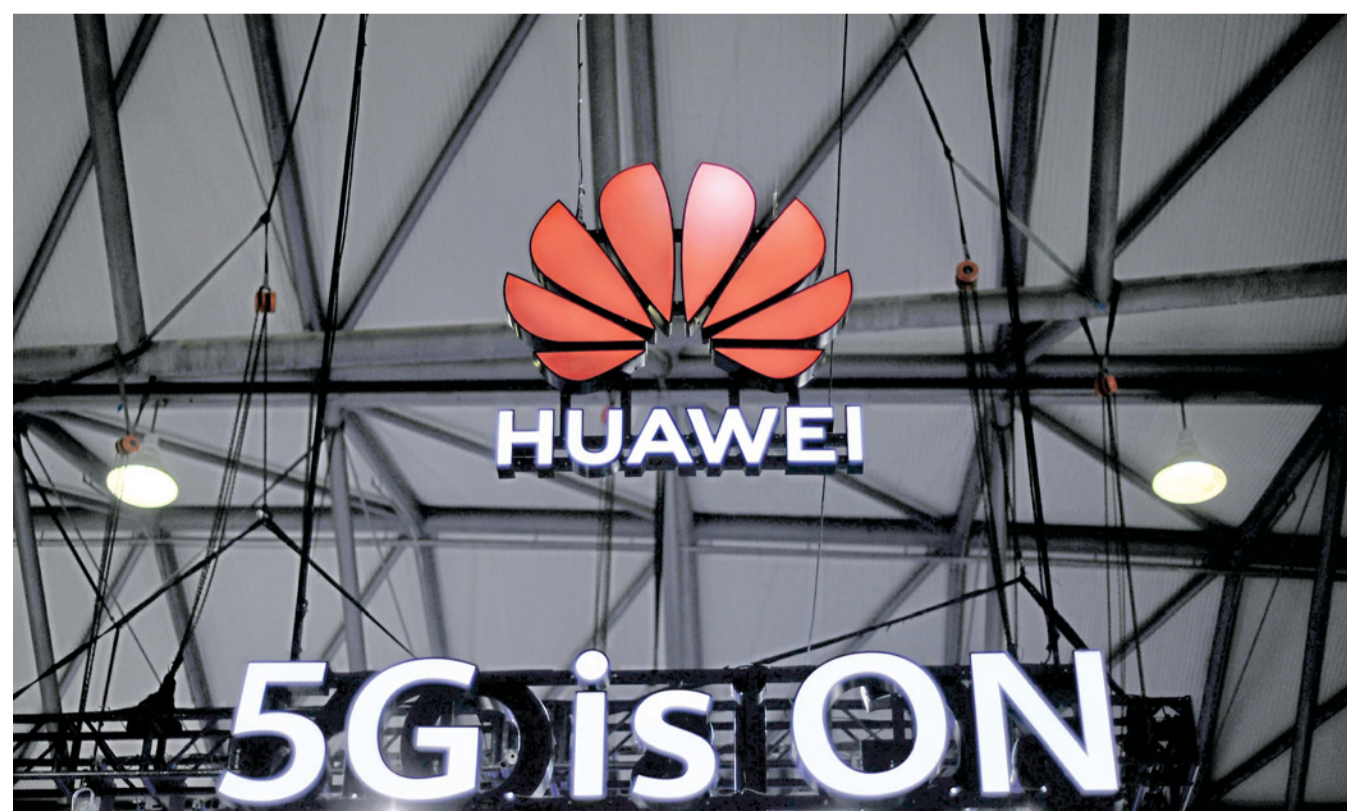
Dabei zweifeln selbst Experten in den USA, ob höhere Zölle wirklich zur Rückverlagerung von Arbeitsplätzen führen, wie es Trump darstellt. Auch bei höheren Zöllen bleiben die Produktionsstandorte in China günstiger oder die Unternehmen weichen auf andere Standorte auf der Welt aus. Zunächst einmal werden die Preise bei den Käufern in Amerika aufgeschlagen. Leidtragende dieses Handelskrieges sind jedoch keineswegs nur die amerikanischen Konsumenten, für die ihre Konsumgüter immer teurer werden. Insbesondere deutsche Konzerne haben in ihrer Produktionskette ein dichtes Netz gespannt. Sie produzieren sowohl in den USA als auch in China für den Weltmarkt. Auch sie sind von den höheren Zöllen betroffen. Abgesehen davon leidet die Weltwirtschaft als ganze – mit jeder weiteren Eskalationsstufe. Felix Lee

Der Autor ist Redakteur bei der taz.

Ein eigenes Betriebssystem als erhoffter Befreiungsschlag

UNTERNEHMENSPOLITIK Chinas größter Technologie-Konzern Huawei arbeitet an einer eigenen Softwarelösung. Beobachter sehen einen Erfolg skeptisch

Der Name kommt der kommunistischen Führung in Peking sehr gelegen. „Hong Meng“ soll das neue Betriebssystem von Huawei heißen, auf chinesisch klingt das übersetzt wie „der rote Traum“. Staats- und Parteichef Xi Jinping hatte kurz nach Amtsantritt den „chinesischen Traum“ beschworen. Und was die Entwicklung eines eigenen Betriebssystems betrifft, könnte dieser Traum nun schneller in Erfüllung gehen als vor Kurzem noch erwartet – dank US-Präsident Donald Trump. Mit Hong Meng OS will der chinesische Technologie-Riese und Smartphone-Hersteller Huawei noch in den nächsten Monaten ein eigenes Betriebssystem auf den Markt bringen. Auf einer Pressekonferenz im Juni kündigte Huawei-Spitzenmanager Yu Chengdong an, dass das neue Betriebssystem Android-Apps neu kompilieren und dadurch bis zu 60 Prozent schneller sein werde. Schon im Herbst soll die Software für die ersten Kunden einsatzbereit sei. In Europa soll Hong Meng unter der Bezeichnung Harmony OS auf die Huawei-Smartphones installiert werden. Pläne für ein eigenes Betriebssystem hegt Chinas größter Technologie-Konzern schon seit einer Weile. Mehr als 80.000 Ingenieure und Software-Entwickler arbeiten für das Unternehmen, umgerechnet rund 13 Milliarden Euro gibt Huawei jährlich für Forschung und Entwicklung aus. Doch



Der Stand von Huawei beim Mobile World Congress in Shanghai in diesem Jahr

© picture-alliance/dpa

außerhalb Chinas sind die meisten Nutzer Android gewohnt, also stattete auch Huawei seine Geräte bislang mit der Google-Software aus. Doch nun ist Eile geboten. Mitte Mai weitete Trump im Handelsstreit mit China seine Attacke auf Huawei aus. Der US-Präsident bezichtigt den chinesischen Konzern der Spionage. Huawei ist nicht nur ein großer Smartphone-Her-

steller, sondern auch Weltmarktführer beim Aufbau von Netzwerken. Trump ließ Huawei auf eine schwarze Liste setzen und untersagte den amerikanischen Netzbetreibern, Ausrüstung von dem chinesischen Ausstatter zu kaufen – das sei zu unsicher. Beweise für diese Vorwürfe ist Washington bis heute schuldig geblieben. Trotzdem forderte Trump auch die Europäer auf, auf

Technik der Chinesen zu verzichten. Das allerdings bringt nicht zuletzt die deutschen Netzbetreiber massiv in Bedrängnis, liegen sie mit dem 5G-Ausbau ohnehin schon weit hinter ihrem Zeitplan. Die Bundesregierung ist der Aufforderung der USA bislang nicht gefolgt. Für Huawei zeigte Trumps Dekret dennoch Wirkung. Google erwägt, Huawei das

Handy-Betriebssystem Android und andere Google-Dienste nicht mehr zur Verfügung zu stellen. Damit ginge für Huawei-Nutzer auch der Zugriff auf Googles Play Store verloren. Die Entwicklung eines eigenen Betriebssystems ist für Huawei die Flucht nach vorn.

In China sind die meisten Google-Dienste wegen der chinesischen Zensur ohnehin gesperrt. Auch Anwendungen wie der Playstore von Google, die Maps, aber auch WhatsApp, Youtube und Snapchat kennen die meisten Chinesen nicht. Sie haben ihre eigenen Anwendungen. Doch wird Huawei die Etablierung eines eigenen Betriebs auch weltweit gelingen? Der Trump-Schock könnte diese Entwicklung beschleunigen, glauben Analysten und bezeichnen Trumps Exportbeschränkungen gegen China als Eigentor. „Je mehr Vertrauen die USA verlieren, desto mehr würden sich Handelspartner weltweit nach Alternativen umsehen“, wird Zhao Minyuan, Ökonom an der Universität Pennsylvania, bei Bloomberg zitiert. Zum Teil passiert das auch schon. In Europa und Nordamerika ist Huaweis Verkauf von Smartphones zwar eingebrochen. Im Rest der Welt boomt das Geschäft weiter.

Dan Wang vom unabhängigen Wirtschaftsforschungsinstitut Gavekal ist dennoch skeptisch. Ohne Zugang zu US-Technologien werde Huawei nicht lange überleben, da das Smartphone- und das Netzwerkgeschäft US-Komponenten benötigen, die nicht einfach ausgetauscht werden könnten. So setze Huawei für sein Netzwerk-ausrüstungsgeschäft Speziallaser von US-Firmen ein – zumal auch Firmen aus anderen Ländern auf Druck der USA ihre Zusam-

menarbeit mit China nun infrage stellen. Huawei drohe der Iran-Effekt. Für Europa dürfte Trumps Huawei-Bann zur Folge haben, dass sich der 5G-Netzausbau erheblich verzögern wird. Besonders die Deutsche Telekom setzt weiter auf Huawei und war bislang wenig um Alternativen bemüht. Das könnte sich rächen. fle

STICHWORT

Der Roboterbauer Kuka

> Bilanz Auch der Augsburger Konzern bekommt die Verunsicherung wegen des Handelskriegs zwischen den USA und China zu spüren. Im zweiten Quartal 2019 halbierte sich der Gewinn im Vergleich zum Vorjahresquartal auf gut 20 Millionen Euro.

> Geschäft in China Von März bis Juni gingen die Auftragseingänge um fast fünf Prozent auf 914 Millionen Euro zurück. Besonders stark war der Rückgang in China, wo die Aufträge um die Hälfte einbrachen.

> Ausblick Kuka gehört mehrheitlich dem chinesischen Midea-Konzern. Der chinesische Aufsichtsratschef hat sich zuletzt für einen Verbleib des Stammsitzes in Augsburg ausgesprochen. Zugleich lägen die Chancen beim Erobern neuer Wirtschaftszweige vor allem auf dem chinesischen Markt, der der größte Markt für Robotik und Automation sei, sagte der Aufsichtsratschef.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Offensive für die Industrie

WIRTSCHAFT Die Industriestrategie »Made in China 2025« wirkt sich bereits spürbar auf Europa aus



China hat sich auf einen Innovationsmarathon begeben: Bis 2049 will das Land technologische Supermacht werden.

© picture-alliance/dpa

Rund vier Jahre ist es her, dass Peking seinen industriepolitischen Masterplan „Made in China 2025“ (MIC25) vorgestellt hat. Im Zentrum stehen zehn Kernindustrien, in denen China bis zum Jahr 2025 international wettbewerbsfähige Unternehmen und bahnbrechende Innovationen hervorbringen will. Bis 2049 soll das Land zur technologischen Supermacht aufsteigen. Die Umsetzung läuft bereits auf Hochtouren und die Auswirkungen sind über die Grenzen Chinas hinaus zu spüren.

Der Handelskrieg zwischen China und den USA gefährdet in Teilen die chinesische Innovations- und Industriestrategie „Made in China 2025“. Gleichzeitig aber dürfte die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Nationen, in der es neben dem Handelsbilanzdefizit vor allem um technologische Führerschaft geht, die Entschlossenheit der chinesischen Führung befördern, so schnell wie möglich technologisch auf eigenen Füßen zu stehen. Der Druck, weitgehend unabhängige Wertschöpfungsketten innerhalb Chinas aufzubauen, ist deutlich gestiegen.

Insbesondere in den vergangenen zwei Jahren hat Chinas Industriestrategie deutlich an Fahrt aufgenommen. Peking hat auf Rückschläge und Veränderungen der politischen, wirtschaftlichen sowie technischen Rahmenbedingungen reagiert. Die Industriestrategie wurde seit 2015 nach und nach angepasst, Pilotprojekte gestartet

und massiv in Forschung und Entwicklung strategisch wichtiger Technologien investiert. Bis Ende vergangenen Jahres hat die chinesische Zentralregierung mindestens 445 Dokumente verabschiedet, in denen sie die Umsetzung der MIC25-Strategie konkretisiert.

Staatskapitalismus wird optimiert Die chinesische Führung sucht eine neue Balance zwischen Markt und Staat, zwischen Privatunternehmen und Staatsbetrieben (SOEs). Viele technologische Fortschritte Chinas waren zuletzt nur dank innovativer Privatunternehmen möglich. Dies gilt insbesondere für Zukunftstechnologien wie alternative Antriebe, Künstliche Intelligenz, Big Data und intelligente Fertigung. Zugleich aber spielen SOEs weiter eine zentrale Rolle in den für MIC25 relevanten Sektoren. In sogenannten Schlüsselindustrien, darunter Schiffsbau, Luftfahrt und Hochgeschwindigkeitszüge, sind SOEs immer noch führend, ebenso wie in Industrien, die Peking als Pfeiler der technologischen Entwicklung definiert, darunter Elektronik und Anlagenbau.

Der Privatsektor soll zunehmend dazu beitragen, SOEs wettbewerbsfähiger und innovativer zu machen. In Pilotversuchen zu halbstaatlichen, also gemischten Eigen-

umsverhältnissen, erwarben private Unternehmen Anteile an einigen der größten Staatsunternehmen des Landes. Um Chinas SOEs effizienter zu machen, setzt die Regierung auch auf die Fusion staatlicher Unternehmen, zum Beispiel in der Bahntechnik (China Railway Rolling Stock Corporation) oder der Kernenergie (China National Nuclear Corporation).

Während chinesische Unternehmen in traditionellen Hochtechnologiebranchen wie Luftfahrt, Werkzeugbau oder der Softwareindustrie bisher nur mühsam mit ausländischen Wettbewerbern Schritt halten können, sieht die chinesische Führung insbesondere bei intelligenter Fertigung, Digitalisierung und Zukunftstechnologien ihre große Chance, eine weltweite Führungsposition einzunehmen.

In vielen neuen Technologien spielen chinesische Unternehmen weltweit bereits in der obersten Liga mit. Das gilt etwa für die nächste Generation der IT-Infrastruktur, wo Huawei und ZTE im Zuge des 5G-Netzausbaus eine globale Vormachtstellung für sich beanspruchen. Weitere Erfolgsbeispiele zeigen sich bei Hochgeschwindigkeitszügen und der Energietechnik im Hochspannungsbereich. Auch bei der Künstlichen Intelligenz und vernetzten Fahrzeugen sowie Fahrzeugen mit alterna-

tiver Antriebstechnologie hat China bereits viel erreicht. 2017 stammten sieben der zehn führenden Batteriehersteller für E-Fahrzeuge aus China, zusammen kamen sie auf einen globalen Marktanteil von 53 Prozent.

Technologieabhängigkeit Pekings Abhängigkeit von ausländischem Fachwissen in der Grundlagenforschung und bei Kernkomponenten ist jedoch nach wie vor groß und könnte die ambitionierten Pläne durchkreuzen. Die chinesische Industrie weist Schwächen ausgerechnet in jenen Bereichen auf, die grundlegend für die Entwicklung von Hochtechnologien sind. Am offensichtlichsten zeigt sich Chinas Abhängigkeit von ausländischen Technologien und damit seine Verwundbarkeit bei neuen Materialien, Halbleitern und Kernkomponenten für komplexe Maschinenanlagen.

Die chinesische Regierung tritt an ausländische Unternehmen in strategisch wichtigen Industrien heran, um diese zu überzeugen, die hochwertigsten Teile ihrer Wertschöpfungskette nach China zu verlagern oder aufzubauen. Ziel ist es, so die heimische Industrie zu modernisieren und ganze Wertschöpfungsketten am chinesischen Markt zu etablieren. In der Elektronikindustrie war China damit bereits erfolgreich.

Chinas Drang an die technologische Weltspitze wird die Wettbewerbsfähigkeit anderer Länder in vielen Hochtechnologien schwächen – und das nicht nur auf dem

chinesischen oder heimischen Markt, sondern zunehmend auch auf Drittmärkten. Bereits heute hat MIC25 spürbare Auswirkungen auf Europa. So verändert Chinas Vorpreschen bei neuen Technologien das Marktumfeld für europäische Unternehmen. In Bereichen wie der Künstlichen Intelligenz, Elektromobilität und der Industrie für E-Auto-Batterien ist China bereits ein Leitmarkt.

Klare Kriterien Kein anderes Land wird in MIC25 im Kontext intelligenter Fertigung so explizit genannt wie Deutschland. Die chinesische Industriestrategie lehnt sich klar an das deutsche Konzept der Industrie 4.0 an. In Form umfangreicher deutsch-chinesischer Kooperationen werden beispielsweise technische Universitäten und große deutsche Forschungsinstitute zu wichtigen Partnern des chinesischen Fortschritts. Deutschland und China arbeiten in zahlreichen Technologie-, Industrie- und Innovationskooperationen gemeinsam an Projekten. Sie reichen von der Grundlagenforschung bis zur Schulung von Fachkräften und der Anwendung neuer Technologien. Über die Risiken und vor allem langfristigen Auswirkungen eines solchen Engagements, etwa durch Technologietransfer, wurde bislang nur zögerlich diskutiert.

Um ungewünschten Technologietransfer zu verhindern, gilt es, entsprechende Kriterien für die Zusammenarbeit – vor allem im Bereich der Forschung und Technik – zu entwickeln. Zudem sollten auf europäischer Ebene die Koordinierung und der Informationsaustausch zwischen Unternehmen und Industrieverbänden sowie Regierungen gefördert und so das europäische Innovationssystem gestärkt werden. Chinas Abhängigkeit von ausländischen

Technologien könnte als Hebel eingesetzt werden, um europäische Interessen durchzusetzen. Darüber hinaus wäre es ratsam, die eigene Abhängigkeit von kritischen Kernkomponenten, wie zum Beispiel in der Informationstechnik und Kommunikationstechnik, aus China zu verringern. Lernen kann Europa in dieser Hinsicht von Japan, Südkorea und Taiwan, die sich bereits vor einiger Zeit auf Chinas Industriestrategie eingestellt haben. Sie verfolgen beispielsweise einen deutlich restriktiveren Ansatz bei Forschungskooperationen und Investitionen. Den wirtschaftlichen Beziehungen mit China hat dies nicht geschadet.

Max J. Zenglein und Anna Holzmann

Die Autoren forschen am Mercator Institute for China Studies (MERICS) in Berlin.

Die chinesische Führung sucht eine neue Balance zwischen Markt und Staat.

Es wäre ratsam, die Abhängigkeit von kritischen Kernkomponenten aus China zu verringern.

Rasante Aufholjagd

INNOVATIONEN Hohe Ausgaben, mehr Patente, viele Studenten

Der Plan der chinesischen Regierung, zu einer führenden Technologie- und Forschungsation aufzusteigen, schlägt sich schon eindrucklich in Zahlen nieder – ob bei Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E), Patentanmeldungen oder Uni-Absolventen.

So wurden 2017 in der Volksrepublik rund 280 Milliarden US-Dollar für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Das entspricht 2,12 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Das von Peking ausgegebene Ziel liegt bei 2,5 Prozent. Auf Kaufkraftparität umgerechnet gab China damit 370,6 Milliarden für F&E aus. Nach den USA mit 476,5 Milliarden US-Dollar ist das der zweithöchste Wert weltweit.

Der Trend zeigt sich auch bei den Großunternehmen. Unter den globalen Top-500-Konzernen, die am meisten in F&E investieren, sind laut einer vergangene Woche veröffentlichten Untersuchung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EY inzwischen 44 chinesische Firmen, darunter etwa Huawei und Alibaba. Stiegen auf die 500 Unternehmen bezogen die F&E-Ausgaben um zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahr, waren es bei den chinesischen sogar 23 Prozent. Bei den 140 aufgeführten US-Unternehmen waren es zwölf Prozent Steigerung; die 35 deutschen Unternehmen erhöhten ihre Innovationsausgaben

hingegen nur um neun Prozent. Die Ausgaben schlagen offenbar auch auf die Patentanmeldungen durch. Das chinesische Patentamt registrierte laut Weltorganisation für geistiges Eigentum 2017 1,38 Millionen Patentanmeldungen. 2007 waren es noch rund 245.000. 2017 waren zirka 90 Prozent der Patentanmelder Einheimische, 2007 nur 62 Prozent. Zum Vergleich: In den USA wurden 2017 rund 607.000 Patente angemeldet. In Kraft waren in China 2017 rund 2,1 Millionen Patente, 2007 waren es rund 272.000.

Unis Mit der Tsinghua University und der Peking University liegen zwei chinesische Hochschulen unter den Top-25 des „QS World University Ranking“. Die chinesischen Unis produzieren zudem mit Abstand die meisten Absolventen in grundständigen natur- oder ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen. 2014 waren es 1,4 Millionen (USA: 377.000). Auch bei den erfolgreichen Promotionen liegt China in diesem Bereich inzwischen knapp vor den Vereinigten Staaten. Wenig verwunderlich ist da, dass die Volksrepublik inzwischen auch im „Global Innovation Index“ weiter oben rangiert. China landete 2019 auf dem von der Schweiz angeführten Index auf Platz 14 (2018: 17), Deutschland liegt auf dem neunten Platz.

Peking schwingt die Rohstoff-Keule

SELTENE ERDEN China kontrolliert den Markt mit den metallischen Rohstoffen. Das ist ein Trumpf im Handelskonflikt

Im Handelsstreit mit den USA hält China einen gewaltigen Trumpf in der Hand: eine massive Rohstoff-Keule. In der andauernden Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten wird in Peking inzwischen darüber nachgedacht, den USA zumindest teilweise den Zugang zu bestimmten Seltenen Erden zu kappen. Das wäre für die USA verheerend, denn 80 Prozent der Rohstoffimporte stammen aus China.

Seltene Erden – unter dem Oberbegriff werden 17 metallische Elemente des Periodensystems gefasst – sind aus den High-Tech-Gesellschaften kaum wegzudenken. In Batterien, Smartphones, Computern, Bildschirmen, Elektromotoren und Windkraftanlagen werden Elemente der Seltenen Erden genutzt. Mit Elementen wie Neodym und Praseodym werden beispielsweise Hochleistungs-Permanentmagnete produziert – die wiederum in Motoren, Kopfhörern und Handys verbaut werden. Allein der Bedarf für diese Magneten soll laut einer Studie der Deutschen Rohstoffagentur von rund 31.000 Tonnen in 2013 auf 69.600 Tonnen im Jahr 2035 steigen. Diese steigende Nachfrage spielt in Pekings Hände, denn China ist der mit Abstand größte Player auf dem Markt für Seltene Erden. 2018 wurden laut Angaben der US-Behörde „United States Geological Survey“ rund 170.000 Tonnen Seltenerd-Oxide ab-

gebaut. 71 Prozent davon in China. Australien mit zwölf Prozent und die USA mit neun Prozent folgen weit abgeschlagen.

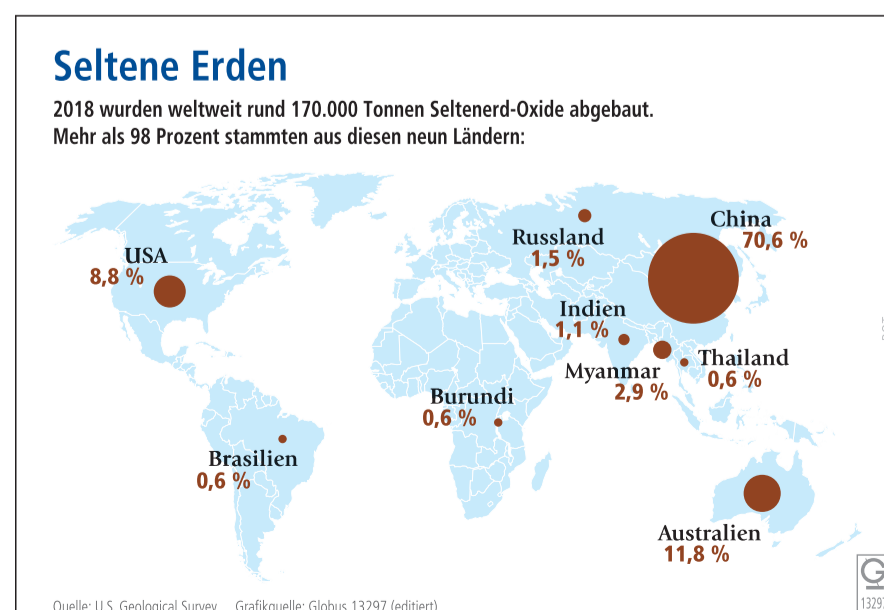
Exportkontrollen Was genau die Chinesen mit den Seltenen Erden planen, ist unklar. Denkbar sind laut Medienberichten Exportkontrollen und Quoten für die heimische Produktion. Das alles würde die

Preise in die Höhe schießen lassen. Für die chinesischen Rohstoffunternehmen wäre das wirtschaftlich positiv, schon in den vergangenen Wochen stiegen ihre Aktienkurse, während die rohstoffhungrigen US-Unternehmen wohl Abstriche bei ihren Margen machen müssten.

Es wäre auch nicht das erste Mal, dass China bei den Seltenen Erden Ernst macht.

Schon 2010 hatte China die Ausfuhr der Rohstoffe drastisch um 40 Prozent gekürzt und damit die Preise in die Höhe schießen lassen. Die Welthandelsorganisation missbilligte das 2014. Ebenfalls 2010 schwang China gegenüber Japan mit der Rohstoff-Keule. Aufgrund eines diplomatischen Streits hatte Peking für einige Wochen die Exporte gegen Japan faktisch gestoppt.

Vorräte sichern Für die USA hat der Zugang zu Seltenen Erden derweil auch eine strategische Bedeutung. Denn was im iPhone verbaut ist, ist auch wichtig für Raketen und Waffensysteme. Entsprechend hat US-Präsident Donald Trump im Juli das Verteidigungsministerium damit beauftragt, die Beschaffung von bestimmten Magneten aus Seltenen Erden zu sichern und Vorräte aufzustocken. Die sogenannten Samarium-Kobalt-Dauermagnete können hohen Temperaturen standhalten und sind korrosionsbeständig. Sie werden häufig in präzisionsgelenkten Raketen, Bomben und Militärjets verbaut.



Ein Land, eine Partei

STAATSFORM Die Volksrepublik hat sich als erfolgreichster Einparteiensstaat der Geschichte erwiesen. Über das Geheimnis des ersten sozialistischen Systems, das funktioniert



Die Kommunistische Partei Chinas
Die Anzahl der Mitglieder liegt geschätzt bei rund 90 Millionen

Politbüro

- 25 Mitglieder
- ★ Führungsvollmacht zwischen den Zentralkomiteesitzungen
- ★ entscheidet über Tagespolitik
- ★ überwacht Polizei, Geheimdienst und die Partei selbst

Ständiger Ausschuss des Politbüros (Staats- und Parteichef)

- 7 Mitglieder unter Vorsitz von Xi Jinping
- weitere Mitglieder: Li Keqiang, Li Zhanshu, Wang Yang, Wang Huning, Zhao Leji und Han Zheng
- ★ Machtzentrale

Zentralkomitee

- 376 Mitglieder (davon: 205 stimmberechtigt, 171 beratend/Ersatz)
- ★ tagt jährlich
- ★ berät über langfristige politische Ausrichtung

Zentrale Militärkommission

- Vorsitz: Xi Jinping
- ★ entscheidet über Militärpolitik
- ★ Oberkommando der Streitkräfte

Parteitag (Nationalkongress)

- 2.287 Vertreter aus Regionen und Militär*
- ★ tagt alle 5 Jahre

*Der 19. Nationalkongress der KP fand vom 18. bis 24. Oktober 2017 in der Großen Halle des Volkes in Peking statt (Foto vom 24.10.2017)

Quelle: dpa, DW, CBS (Radio China International) Grafikquelle: dpa+17681 vom 08.11.2013 (ediert und aktualisiert)

Das alljährliche Ritual lässt sich Chinas Kommunistische Partei auch im 21. Jahrhundert nicht nehmen: Zur Eröffnung des Nationalen Volkskongresses kommen Anfang März knapp 3.000 Abgeordnete in der Großen Halle des Volkes zusammen. Ein roter Stern an der Decke ist Lichtquelle und politisches Symbol zugleich. Haushohe rote Vorhänge sind auf den Millimeter genau drapiert. Nachdem der Vorsitzende die Veranstaltung eröffnet hat, hebt der Dirigent der Militärkapelle den Taktstock. Alle erheben sich zu Ehren der Nationalhymne. Nicht nur die äußeren Symbole, auch die Phrasen in den langen Reden sind seit den 1960er Jahren praktisch unverändert. Doch auch wenn die äußere Form dem Betonkommunismus ähnelt, sind die Inhalte verblüffend modern. Die hier alljährlich vorgestellten Wirtschaftspläne haben es jedenfalls in sich. Hinter den Zielvorgaben verbergen sich ausgeklügelte Strategien für den Weg an die Weltspitze. Sie orientieren sich pragmatisch an dem, was gerade nötig ist und was funktioniert.

Flexibel und starr So wie der Volkskongress verbindet das gesamte politische Gefüge Chinas eine fast unerträgliche Starre mit enormer Flexibilität. Es ist den chinesischen Kommunisten gelungen, die Elemente des ursprünglichen Maoismus in eine einzigartige Ordnung umzuformen. Die Volksrepublik China ist im Ergebnis das erfolgreichste Einparteiensystem seit der Entwicklung moderner Staatsformen.

In fünf Jahren wird China sogar das langlebigste sozialistische System sein. Dann werden Chinas Kommunisten länger an der Macht gewesen sein als die Sowjetunion. Statt Krisenzeichen, wie der russische Sozialismus nach acht Jahrzehnten, sendet Chinas KP jedoch vor allem Signale der Stabilität und Stärke. Keiner im Land wagt Kritik an Präsident Xi Jinping, während im Ausland immer mehr Länder zu seiner Seidenstraßeninitiative überlaufen (siehe Seite 3). Von Anfang hatte die Partei das Sendungsbewusstsein, am besten zu wissen, was richtig für China ist. Selbst als sie das Land noch durch verfehlte Wirtschaftspolitik in Armut stieß, behauptete sie: Unser Weg ist der einzig richtige für China, der Westen ist kein Vorbild. Diese Linie hat die KP auch nach der blutigen Niederschlagung von Demonstrationen 1989 durchgehalten. Heute, wo China stärker und geschlossener wirkt als EU und USA, fühlen sich die Vordenker dieser Denkschule bestätigt. Was aber ist das Erfolgsgeheimnis der chinesischen Kommunisten? Die Spurensuche lässt sich in Peking beginnen. Jenseits der starren Rituale des Volkskongresses ist die kommunistische Partei eine lebendige Organisation, die schlaue Köpfe anzieht. Liu Xin (Name geändert) ist ein junges Mitglied, 27 Jahre alt, offen homosexuell. Er ist genauso mit seinem Handy verwachsen

In fünf Jahren sind Chinas Kommunisten länger an der Macht als die der Sowjetunion.

wie alle seine Altersgenossen weltweit. Liu war vor drei Jahren sehr stolz, Mitglied der KP zu werden: Die Aufnahmeprüfungen sind schwer, die Partei nimmt nicht jeden. „Wir sind eine Eliteorganisation“, sagt er selbst. Ein Politoffizier habe ihm die Aufnahme nahegelegt, weil er Jahrgangsbester seiner Uni war. Dass er schwul sei, störe in der Partei keinen. Die Partei ist für junge Mitglieder attraktiv – und fast jeder mit Ambitionen will Mitglied werden. Auch Jack Ma, Gründer der weltweit zweitgrößten Online-Handelsfirma Alibaba, ist Parteimitglied, so wie mehr als 100 weitere Milliardäre. Aber auch für Bauern aus der Provinz ist die Mitgliedschaft die Eintrittskarte dafür, mitreden zu können. Denn die Partei ist in China der Ort der politischen Willensbildung. Intern gibt es ein ähnlich breites Spektrum an Meinungen wie in einem Mehrparteiensystem. Die KPCh hat 90 Millionen Mitglieder, also mehr, als Deutschland Einwohner hat. Zwar gelingt es starken Machthabern wie Xi zeitweise, unerwünschten Ansichten abzuwürgen. Dennoch reicht die Bandbreite etwa in der Wirtschaftspolitik vom Ruf nach weitreichender Privatisierung bis zur vollständigen Kollektivierung. Hier liegt eine ihrer wichtigsten Stärken: Die Kommunistische Partei Chinas ist wandlungsfähig. Sie hat es geschafft, die Marktwirtschaft zum Teil einer sozialisti-

schen Ideologie zu machen. Die von Karl Marx vorgesehene Abschaffung des Privateigentums ist auf unbestimmte Zeit verschoben. Derzeit läuft andererseits der Wandel zur Nachhaltigkeit in einer Geschwindigkeit, mit der sich Demokratien schwertun. Die KP hat zudem die Digitalisierung als Chance erkannt und nutzt sie zur Festigung ihrer Herrschaft. **Fest im Griff** Besucher des Landes sollten sich jedoch von seiner Modernität nicht täuschen lassen, schreibt Richard McGregor, Autor des Buches „Der rote Apparat“: „Lenin, der den Prototyp für sozialistische Länder weltweit entworfen hat, würde sein Modell sofort wiedererkennen“. Trotz aller Reformen halte die Partei ihre drei Säulen fest im Griff: die Kader, die Propaganda und die Armee. Praktisch jeder Industrie- und Landwirtschaftsbetrieb, jede Redaktion, jeder Internetanbieter, jedes Krankenhaus, jede Behörde hat einen Politikkommissar und meist auch eine Parteigruppe. Das garantiert zwar mitnichten, dass die Beschlüsse aus Peking überall umgesetzt werden – die örtlichen Organisationen entwickeln umso mehr Eigenleben, je weiter sie von Peking weg sind. Dennoch handelt hier letztlich immer die eine Partei. Sie ist wie ein Dach, das so groß ist, dass darunter verschiedene Mikrowetter herrschen können. Das Dorf Luoyi liegt auf der Insel Hainan ganz im Süden des Landes. Der Dialekt hier klingt für die Ohren im 2.500 Kilometer entfernten Peking wie eine Fremdsprache. Auf dem Dorfplatz treffen wir Li Shaoqian, ein Parteimitglied aus der Grün-

dungsphase der Volksrepublik. Er ist der Partei 1944 beigetreten, heute ist er 101 Jahre alt. „Damals, während des Kampfs gegen die Japaner, war es das einzig Ehrenvolle, sich den kommunistischen Widerstandskämpfern anzuschließen“, sagt Li. Später habe Mao der Nation wieder Größe und Einheit gebracht. Darauf sei er bis heute stolz. Hier treffen sich die Ansichten des Bauern Li und des Betriebswirtschaftlers Liu. Auch das Jungmitglied hält Einheit und Stabilität für die wichtigsten Argumente für die Einparteiensherrschaft der KP. Auch er glaubt, dass der Stolz auf das Erreichte die Chinesen hinter der KP zusammenschweißt. Die Alternativen heißen ihnen zufolge Uneinigkeit und Chaos. Der schlechte Zustand, in dem sie die Demokratien Europas und Amerikas derzeit sehen, bestärkt sie darin zusätzlich. Liu gehört zur Generation der Urenkel der Parteiveteranen wie Li. Seine Eltern kannten nichts anderes als den Einparteiensstaat. Er ist für sie vertraut und berechenbar. Alternativen zu erwägen, verhindern längst unüberwindliche Denkblockaden. McGregor sieht hier eine Kreislogik am Werk: Die Partei erlaubt keine Strukturen und keine Expertise neben der eigenen. Die Folge: „Es kann keine Alternative geben, weil es eben keine gibt.“ Bei Liu klingt das so: „Wir stehen vor einem schweren Wandel der Wirtschafts-

strukturen – da können wir uns keine Experimente erlauben.“ Der Machtapparat ist damit eine sich selbsterhaltende Maschine. Auf der einen Seite wirkt er durch Repression. Auf der anderen Seite genießt die Partei das Vertrauen der Bürger: Die materiellen und organisatorischen Erfolge sind für jeden sichtbar. Sie bietet zudem klare Orientierung in einer komplexen Welt – und facht den Stolz auf die Nation an: „Auch wenn in China nächsten Sonntag Wahlen stattfänden, würde Xi mit einer klaren Mehrheit daraus hervorgehen“, glaubt ein deutscher Diplomat in Peking. Der Zentralismus birgt indes auch erhebliche Schwächen. Fehlentscheidungen setzt der Apparat ebenso konsequent um wie sinnvolle Politik. Das fing zu Maos Zeit mit Experimenten wie dem Großen Sprung nach vorn an, der mit Millionen Hungertoten endete. Auch rückt die unbegrenzte Verlängerung der Amtszeit von Xi Jinping das Land verfassungstechnisch in die Nähe einer Bananenrepublik und zerstört die Ansätze von Kontrolle über die Führung, mit denen die Partei seit dem Tod von Mao Zedong gut gefahren ist. Gewaltenteilung fehlt in China völlig, sein System ist ebenso unmodern wie ein Feudalstaat. **Einheit und Stabilität gelten vielen als wichtigste Argumente der Einparteiensherrschaft.** Finn Mayer-Kuckuk // Der Autor war bis Anfang 2018 freier Journalist in Peking.

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!
Jetzt auch als E-Paper.
Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
fazit-com@intime-media-services.de
Telefon 089-8585 3832

Pragmatiker mit Herrschaftsinstinkt

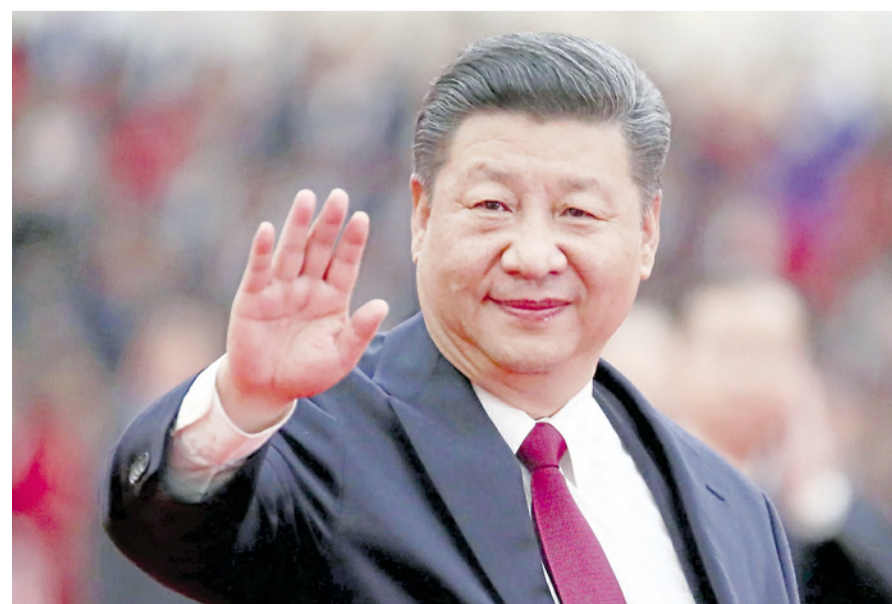
XI JINPING Chinas Präsident wirkt wie ein friedlicher Onkel, ist aber ein knallharter Machtmensch

Chinas Präsident Xi Jinping lebte in seiner Jugend sieben Jahre in einer Höhle. Diktator Mao Zedong hatte Mitte der 1960er Jahre begonnen, Jugendliche aus gebildeten Familien zu Bauern aufs Land schicken zu lassen. So kam Xi als Spross einer Politikerfamilie mit 15 Jahren in das abgelegene Bergdorf Liangjiahe – und blieb dort, bis er mit 22 nach Peking zurückkehren und studieren durfte. Er lernte dort ein Leben in Armut kennen: Es gab kaum Feuerholz, und die Leute aßen Brei aus Buchweizen und Gräsern. Derselbe Xi Jinping ist heute mit 66 Jahren die mächtigste Person der Welt. Er kontrolliert mit der Kommunistischen Partei Chinas den größten Machtapparat in der Geschichte. Im Inland hat er jeden Widerstand gegen die eigene Person voreerst gebrochen. Seine Befugnisse sind nicht durch demokratische Kontrollen eingeeignet. Er ist beim Volk populär und respektiert. Die heutige Propaganda stellt die Höhlen-Erfahrung dabei als wichtige Grundlage zur Bildung seines Charakters dar: Sie zeigt Xi als

„einen von uns“, der harte Arbeit kennt. Das passt zu seinem sorgfältig entwickelten Gesamtbild. Xi strahlt bei seinen Auftritten so viel Ruhe aus, dass er schon wie ein freundlicher Onkel wirkt, was ihm den Spitznamen „Papa Xi“ eingetragen hat. Doch seine Politik ist vor allem eines: machtorientiert und autoritär. Das Qingcheng-Gefängnis bei Peking für politische Gefangene ist überbelegt – eine Folge der Verhaftungswellen seit seiner Machtübernahme. „Er ist unter den Genossen eher gefürchtet als geliebt“, sagt der Politologe Willy Lam von der Chinese University in Hongkong. **Globale Ambitionen** Xi hat gleich nach seinem Amtsantritt begonnen, die Politik umzukrempeln. Seine Vorgänger fühlten sich noch der Vorgabe des Reformers Deng Xiaoping verpflichtet, international möglichst unauffällig aufzutreten, um eine Gegenreaktion zu vermeiden. Xi dagegen trumpft mit globalen Ambitionen auf und stellt China als die Großmacht dar, die es in Wirklichkeit längst geworden war. Deng hatte auch vor einem neuen Personenkult gewarnt, um ein Debakel wie die Misswirtschaft unter Mao zu verhindern. Doch schon 2016 hat die Parteischrift „Volksforum“ (Renmin Luntan) verkündet, China brauche in diesen schwierigen Zeiten einen starken Führer wie seinerzeit

Mao Zedong. Zwei Jahre später fielen die Beschränkungen für die Länge seiner Amtszeit. Xi ist jetzt Parteichef und Präsident auf Lebenszeit. Ein neuer Mao ist Xi deswegen aber noch nicht – paradoxerweise ist er eher ein Pragmatiker wie Deng. Mao wollte die alte Kultur des Landes auslöschen, um geistigen Ballast abzuwerfen. Xi betreibt nun jedoch eine Rückbesinnung auf die ideologischen Herrschaftsinstrumente der Kaiserzeit. Diese hatten eine Form des Konfuzianismus zur Staatslehre erhoben, die Gehorsam gegenüber Eltern, dem Staat und sonstigen Autori-

täten predigte. Während Maos Schülerhorde die konfuzianischen Tempel noch niedergebrannt haben, lässt Xi neue errichten. Konfuzius ist wieder Schulstoff. Tatsächlich entspricht Xi Herkunft dem konfuzianischen Ideal einer Gesellschaft, in der die Söhne ihren Vätern folgen. Sein Vater Xi Zhongxun war ein Held der kommunistischen Revolution und später stellvertretender Regierungschef. Sohn Xi gilt daher als „kleiner Prinz“ des roten Adels. Doch der Vater fiel bei Mao in Ungnade, wurde in eine Traktorenfabrik abkommandiert und angeklagt. Auch Sohn Jinping musste sich mit 14 Jahren endlosen Tribunalen anderer Jugendlicher stellen. Am Ende saß er in seiner von Insekten verseuchten Wohnhöhle auf dem Lande. **Straffe Kontrolle** Diese Erfahrungen prägen vermutlich noch heute seine Politik. Chaos wie unter Mao soll es in China nicht noch einmal geben. Xi Hauptziel ist Stabilität, die er durch straffe Kontrolle erzwingen will. Der „chinesische Traum“, den er als zentrales Propagandamotiv vorgegeben hat, sieht neben Wohlstand für alle auch eine starke Nation und „Harmonie“ vor. So lange es seinen Gegnern nicht gelingt, sich neu zu formieren, kann er weiter an der Verbreitung dieses spießigen Traums arbeiten. **fmk** //



Seit 2018 ist Xi Jinping Parteichef und Präsident auf Lebenszeit. © picture-alliance/Photoshot

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

China gehört in der Forschung zu maschinellen Lernen (ML) und künstlicher Intelligenz (KI) inzwischen zu den führenden Nationen. Und zeigt, wozu diese Entwicklungen genutzt werden können: Sozialkredit-Systeme („Social Credit System“, SCS). Diese Systeme, die verkürzt als „digitalisierte gesellschaftliche Bewertungssysteme“ übersetzt werden können, wirken wie eine „Super-Schufa“ für fast alle Lebensbereiche. Die chinesische Führung plant, ganz China von solchen Systemen überwachen zu lassen, derzeit laufen landesweit über 80 Pilotprojekte in Städten und Gemeinden. Die Bevölkerung dient als Testmasse – oft ohne ihr Wissen oder die Möglichkeit, über ihre Partizipation an den SCS entscheiden zu können.

Die Systeme erweitern klassische technologische Überwachung mit der heute möglichen Bewältigung enormer Datenmengen in Echtzeit – und sie werden perspektivisch durch ML und KI noch wirkungsvoller werden. Es sind digitalisierte Systeme, die dazu ausgelegt sind, analoge und digitale Daten über Individuen und Organisationen zu sammeln und diese zu bewerten, um die Gesellschaft so zu steuern. Diese Systeme sind ihrer Ausrichtung nach nahezu allumfassend. Bewertungsmaßstab der SCS sind das von der Kommunistischen Partei Chinas (KP) vermittelte Menschenbild sowie gewünschter Verhaltensstandards. Die KP ordnet die SCS als wichtige Etappe auf dem Weg zum Erreichen einer „sozialistischen Harmonischen Gesellschaft“ ein. Beworben werden sie als Werkzeug für eine geregelte Gesellschaft und Industrie, in der die Schlechten bestraft, die Guten indes gefördert werden. Die SCS saugen dazu Daten von Verkehrsverhalten bis Schulabschluss. Wer beispielsweise spendet oder Freiwilligenarbeit leistet, bekommt Punkte gutgeschrieben, wer seine gerichtliche Strafe nicht begleicht oder anderweitig auffällt, verliert Punkte. Letzteres gilt es zu vermeiden, denn das Punktekonto kann über Kreditwürdigkeit, Beförderung, Wohnort oder Schule der Kinder entscheiden – oder über die Zukunft der betroffenen Firma.

Noch existiert das eine System der Bewertung nicht, sondern viele unterschiedliche. Für Individuen existieren zusätzlich privatwirtschaftliche Systeme; nicht nur einzelne Menschen werden bewertet, sondern auch Firmen und Organisationen – und die Systeme werden untereinander immer weiter vernetzt. Große Technologieunternehmen wie Alibaba und Tencent locken mit eigenen, stark gamifizierten Systemen wie Sesam Kredit. Ursprünglich angekündigt, um aus dem Surf- und Konsumverhalten die Zuverlässigkeit von Personen zu berechnen, überwachen und steuern diese Systeme nun das Verhalten der Teilnehmer durch kleine Anreize und Belohnungen: Mach dies, kauf jenes, spende dort – alles für eine bessere Bewertung.

Politische Steuerung Gegenüber der Bevölkerung propagiert die KP die Implementierung der verschiedenen SCS als technologische Lösung verschiedenster politischer und sozialer Probleme: Neben dem Zugang breiter Bevölkerungsteile zu kommerziellen Krediten werden Vertrauen, Sicherheit, Gerechtigkeit und Transparenz über die Zuverlässigkeit von Firmen und Personen angeführt, ebenso eine Notwendigkeit, Informationen zusammenzuführen.

Die Super-Schufa

ÜBERWACHUNG Mit Sozialkredit-Systemen will die KP vermeintlich Gute fördern und Schlechte bestrafen. Doch dahinter steckt kein rein chinesisches Phänomen



Kamera-Überwachung in China: Neben klassischen Methoden setzt die Regierung seit einigen Jahren auf Sozialkredit-Systeme, um das Verhalten der Menschen bewerten und steuern zu können.

Zudem werden die SCS als Instrument einer verbesserten Regierungsfähigkeit angesehen. Denn Chinas Turbo-Kapitalismus strotzt vor Skandalen, die weite Teile der Bevölkerung erschüttern. Das gilt etwa für Korruption und Umweltzerstörung, besonders aber auch für den Lebensmittelbereich. So starben 2008 mehrere Babys durch gepanschten Milchpulver, Hunderttausende erkrankten. Nicht alle glauben an die Vorteile der SCS. Aber es ist schwierig, dies in einem autoritären System zu äußern – gerade dann, wenn es sich um Kritik am Aufbau von Bewertungssystemen handelt, die über die eigene Zukunft entscheiden können.

Für ihre Berechnungen benötigen die SCS viele personalisierte Daten. An diese zu gelangen, ist inzwischen simpel: Die meisten Menschen erzeugen sie unbewusst ständig durch ihr sogenanntes „Smartphone“. Die SCS demonstrieren, wie die immer fester werdende Verbindung zwischen Mensch und Telefoncomputer von Firmen, Regierungen oder sonstigen Interessengruppen genutzt werden kann: Zum einen gibt der Mensch Fragen, Standorte, Kontakte, Gefühle und Ansichten in Echtzeit über seinen Computer weiter und speist sie selbst ins Netz ein. Was mit diesen Daten anschließend geschieht, was aus ihnen errechnet wird und welche Konsequenzen

dies später haben kann, bleibt für das Individuum im Dunkeln. Zum anderen bieten „Smartphones“ die historisch neue Möglichkeit einer individualisierten Beeinflussung, die dem Individuum immer dahin folgt, wo es ist. Techniken wie die Gamifizierung, die zum einen den Spieltrieb des Menschen und zum anderen seine einfache Beeinflussung durch provozierte Dopaminausschüttung zur Verhaltensmodifikation ausnutzt, werden auch im Westen gezielt eingesetzt, um Menschen an Plattformen zu binden oder sie anderweitig zu beeinflussen. Das passiert etwa durch den Punktestand und Vergünstigungen beim chinesischen Sesam Kredit

oder beim deutschen Bonus-System Payback – oder durch Facebooks „Gefällt mir“-Button. Die Digitalisierung allgemein und das Internet im Speziellen sind Voraussetzungen für die Informationssammlung und -verarbeitung der SCS. Schon früh begriff die KP das Netz als Kommunikationsmittel und überwachte es entsprechend. Die Kommunikation über verschiedene digitale Plattformen wurde jedoch nie ganz verboten oder komplett zensiert – um die Äußerungen zu analysieren. Ebenso wenig unterband die KP die internationale Tendenz der vergangenen Dekade, durch „Smartphones“ immer mehr soziale Kon-

takte über Maschinen zu pflegen sowie über diese Maschinen zu konsumieren. Stattdessen werden die dadurch entstehenden Informationen ausgewertet und genutzt.

Die Sozialkredit-Systeme werden in China seit Jahren vorbereitet – im Westen wird allerdings erst seit kurzem darüber berichtet. In den Berichten zeichnet sich aber eine verwunderliche Tendenz ab: In westlichen Ländern scheint sich das Selbstbild einer freien Gesellschaft datensensibler Menschen etabliert zu haben. Dem entgegen wird China als fernöstliches Big-Brother-System gesehen, das alle zur Verfügung stehenden technologischen Mittel nutzt, Menschen zu unterdrücken und zu lenken. So werden Datensammlungen, Kameraüberwachung, der Einsatz von Biometrie und Data Mining in Bezug auf China kritisch gesehen, der Einsatz gleicher Technologien im Westen dagegen überwiegend nicht als Gefahr wahrgenommen – obwohl auch hier auf Biometrie und technologische Überwachung gesetzt und das Onlineverhalten der Bevölkerung ausgewertet wird.

Daten sind Macht Das SCS ist nicht nur ein chinesisches Phänomen, sondern sollte als Ausdruck dreier alarmierender globaler Entwicklungen begriffen werden: So werden erstens gesellschaftliche Probleme sowie ihre Lenkung und Kontrolle vermehrt durch technologische Mittel geregelt. Zweitens reift die Erkenntnis, dass harte Systeme der Unterdrückung Ablehnung und Gegenwehr provozieren können, weiche Systeme wie die SCS den Menschen hingegen umfassen, ohne diese Abwehrreaktionen hervorzurufen. Als Drittes ist die Verhaltensmodifikation durch Gamification, „Nudging“ und „Soziale Medien“ zu nennen. An den SCS zeigt sich noch eine weitere Tendenz, die nicht nur chinesisches ist. Durch die derzeitige Form der Digitalisierung schwindet die Privatsphäre. Doch eben diese ermöglicht eine möglichst freie Gesellschaft. Zudem können einmal erzeugte Daten kaum zurückgeholt werden, aber noch in ferner Zukunft zur Gefahr werden. Denn die Bedeutung von Daten hat sich gewandelt. Daten sind nicht nur Ressource für internationale Wirtschaftszweige geworden. Daten bedeuten heute Macht.

Zusätzlich bedeuten die ständige Vernetzung und Datenfreigabe nicht nur gesellschaftliche Nachteile: Sie benötigen immense Mengen an Elektrizität. Als Land gerechnet hat das Internet den weltweit drittgrößten Stromverbrauch und der Verbrauch der beschönigend „Clouds“ genannten Serverfarmen, die zur ständigen Speicherung der Daten benötigt wird, steigt weltweit an.

Chinas Sozialkredit-Systeme können so als warnendes Beispiel über die Ausmaße der autoritären Nutzbarkeit von Datensammlungen dienen. Als Begründung, sich gegen Verhaltensmodifikationen durch Techniken wie der Gamifizierung und die Abgabe von Verantwortung an selbstlernende Maschinen zu wenden – und um für eine freie Gesellschaft einzutreten und gegen strom- und ressourcenfressende Systeme digitalisierter Überwachung. *Katika Kühnreich*

Die Autorin ist Politikwissenschaftlerin und Sinologin. Sie forscht zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der Digitalisierung.

FÜNF FRAGEN ZUR: UNTERDRÜCKUNG DER UIGUREN



Wenzel Michalski, Deutschland-Direktor von »Human Rights Watch«

»Sowie man etwas Ungewöhnliches macht, wird das registriert.«

China wird auch von »Human Rights Watch« vorgeworfen, in der Provinz Xinjiang turkstämmige Muslime wie die Uiguren zu unterdrücken. Was passiert in der Region?

In Xinjiang werden die Angehörigen muslimischer Minderheiten systematisch unterdrückt. Die Regierung will die Kultur der Uiguren und die der anderen Minderheiten ausradieren. Das wird mit ganz brutalen Methoden gemacht. Die Überwachung nimmt horrenden Ausmaß an, Menschen werden in sogenannten Umerziehungslagern interniert. Die Angst der Menschen vor Ort ist sehr groß, auch unter den Exil-Uiguren, die sich gar nicht mehr trauen, ihre Angehörigen zu kontaktieren, und nichts über den Verbleib ihrer Familien wissen.

Nach Schätzungen der Vereinten Nationen sollen eine Million Menschen in diesen Lagern festgesetzt. Kommen sie dort auch wieder raus?

Aus den Gefangenlagern kommen die Menschen nicht einfach raus. Es dauert, bis sie sozusagen hirngewaschen sind. Das hängt davon ab, wie

lange die Insassen beispielsweise brauchen, um – wie gefordert – Mandarin zu lernen.

Welche Rolle spielt Überwachungstechnologie?

Eine sehr große. Es wird Spionage-Software auf Handys geladen, Kameras sind teilweise mit Gesichtserkennung ausgestattet. Sowie man etwas Ungewöhnliches macht – etwa sein Handy mehr als üblich nutzt oder weniger – wird das registriert. Kommt es zu einer Auffälligkeit, gelangt die Info über eine spezielle App auf das Handy eines Polizisten. Und der ist dann verpflichtet, das zu überprüfen, und beim geringsten Verdacht den Betroffenen festzunehmen. Dafür wurden auch sehr viele Polizisten neu eingestellt. Und die Polizisten, die schon im Einsatz sind, klagten unseren Recherchen zufolge über Überarbeitung. Daran erkennt man das ganze Ausmaß dieser Überwachung.

Woher stammen Software und Hardware dafür?

Der Großteil der Software wird von dem staatlichen Rüstungsunternehmen CETC entwickelt. Sorgen bereitet uns auch, dass China diese Tech-

nologie exportieren könnte. Ungewöhnlich wäre das nicht, auch in Deutschland wird Spionage-Software hergestellt und gehandelt. Wir arbeiten hart daran, dass diese Exporte schärfer reguliert werden.

Was muss die internationale Gemeinschaft tun?

Die internationale Staatengemeinschaft muss das chinesische Vorgehen scharf kritisieren und China unter Druck setzen, diese eklatante Verletzung von Menschenrechten zu unterlassen. Nur es macht quasi niemand etwas. Die muslimischen Länder zum Beispiel sind völlig verstimmt, wenn es darum geht, sich für die Rechte ihrer Glaubensbrüder und –schwestern einzusetzen. Die Bundesrepublik ist eigentlich der einzige gewichtige Staat, der robust und ernsthaft die Einhaltung von Menschenrechten in der Region einfordert. Das bekommen Abgeordnete wie Margarete Bause durch ein Einreiseverbot (siehe Seite 1) dann auch zu spüren. Diesen Druck muss man aber aushalten.

Das Gespräch führte Sören Christian Reimer. ||

Ein Einhorn ist auf den Hund gekommen

START-UP Megvii wird hoch bewertet – die KI-Firma setzt auf Gesichtserkennung

Die chinesische Firma Megvii ist ein Einhorn. So werden meist junge Unternehmen und Start-ups genannt, die schon vor ihrem Börsengang eine Marktbewertung von über einer Milliarde US-Dollar erreicht haben. Die Analysten von „CB Insights“ führen global aktuell 381 Firmen mit dem Seltenheitswert des Fabelwesens. Darunter solch Schwergewichte wie die Ferienwohnungsvermittlung Airbnb (29,3 Milliarden US-Dollar). Bei Megvii setzt man auf Gesichtserkennung und „Künstliche Intelligenz“ (KI) – „Face++“ heißt die Produktplattform und die Firma ist damit sehr erfolgreich. Mit einer Bewertung von vier Milliarden US-Dollar ist Megvii laut „CB Insights“ das am fünfthöchsten bewertete KI-Start-up der Welt. Jüngst sammelte die Firma in einer Finanzierungsrunde 750 Millionen

US-Dollar von Investoren ein. Finanzielle Unterstützung gab es in der Vergangenheit schon von einem staatlichen Wagniskapitalfonds und etwa Ant Financial, einer Tochter der Alibaba-Gruppe. Ende des Jahres soll laut Medienberichten ein Börsengang folgen.

Identifizierung Die Software des 2011 gegründeten Unternehmens ist offenbar ein Verkaufsschlager. Laut „Forbes“ nutzen mehr als 300.000 Entwickler in 150 Ländern die Plattform, um eigene Anwendungen zu entwickeln. In einigen Fast-Food-Restaurants probiert beispielsweise ein chinesischer Finanzdienstleister Bezahlung mit Gesichtserkennung aus, die Anwendung wird aber auch genutzt, um Nutzer zu identifizieren, bevor sie auf Sozialen Medien posten können.

Und auch der Staat ist Kunde: Das Ministerium für Öffentliche Sicherheit soll mithilfe des Systems 5.000 gesuchte Kriminelle erwischt haben. Die Verbindung zum chinesischen Überwachungs-Staat macht Megvii allerdings verdächtig. Im Mai veröffentlichte „Human Rights Watch“ (HRW) einen Report über eine App für Polizisten, um Zugriff auf die „Integrierte Plattform für gemeinsame Operationen“ zu bekommen, die in Xinjiang zur Unterdrückung der Uiguren eingesetzt wird (siehe nebenstehendes Interview). Auch Face++ wurde in diesem Zusammenhang genannt. Das Unternehmen dementierte, daran mitgewirkt und davon gewusst zu haben. HRW verkündete im Nachgang, dass der Face++-Kode in der App wohl nicht operabel war. Laut Medienberichten überlegte die US-Regierung aber in diesem Zusammenhang, US-Firmen – ähnlich wie im Fall Huawei – zu verbieten, Megvii mit Technologie zu beliefern.

Nun scheint das Einhorn auch auf den Hund gekommen zu sein. Kürzlich stellte die Firma eine App vor, um Hunde eindeutig an ihrer Schnauze zu identifizieren. Damit sollen einerseits vermiste Vierbeiner gefunden werden können. Andererseits ließen sich so auch Hundebesitzer identifizieren, die sich nicht an den Leinenzwang halten oder Hundehaufen nicht wegräumen. *scr ||*



Mit der Gesichtserkennungssoftware »Face++« wurde »Megvii« zu einem der wertvollsten Start-ups im Bereich KI.

©picture alliance/Csdb/maginechina/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Die Umweltverschmutzung hat in China auch wegen der Kohleförderung teils gravierende Ausmaße angenommen. Seit einigen Jahren steuert die Zentralregierung mit regenerativen Energieformen dagegen. © picture-alliance/Vcg/MAXPPP/dpa/Stringer/Imaginechina/ZUMAPRESS.com

Schwenk einer Supermacht

UMWELT Der größte Treibhausgasproduzent strebt die Technologieführerschaft bei Erneuerbaren Energien an

Gute Nachrichten zum Thema Umwelt und Klima sind rar. Ausgerechnet aus China kommen in diesem Sommer positive Signale. Auf dem G20-Gipfel in Osaka im Juli vereinbarte Chinas Chefdiplomat, Staatsrat Wang Yi, mit Frankreichs Außenminister Jean-Yves Le Drian und UN-Generalsekretär Antonio Guterres „verstärkte Anstrengungen zur Bewältigung der Klima- und Biodiversitätskrise“. China und Frankreich verpflichteten sich, ihre zugesagten Beiträge zum Pariser Klimaabkommen von 2015 zu „aktualisieren“. Pekings Ziel für Paris lautete, die Klimagas-Emissionen ab etwa 2030 zu senken. Bis 2030 sollten die Emissionen pro Einheit der Wirtschaftsleistung (BIP) um 60 bis 65 Prozent im Vergleich zu 2005 sinken. 2014 lagen die Emissionen pro Einheit BIP bereits um 33,8 Prozent unter dem Niveau von 2005. Im selben Jahr ging der Kohleverbrauch in China erstmals leicht zurück. Manche Experten prophezeiten schon damals, dass China auch den absoluten Gipfel früher erreicht als zugesagt.

Weniger Emissionen Dazu passt eine Studie, die vor wenigen Wochen die Runde machte: Experten um Wang Haikun von der Universität in Nanjing untersuchten den Zusammenhang zwischen Entwicklung und Emissionen in 50 chinesischen Städten und erwarten nun den Gipfel schon zwischen 2021 und 2025. Die Emissionen steigen zwar zunächst im Zuge der Entwicklung, ab einem Wohlstandsniveau von umgerechnet rund 21.000 US-Dollar pro Kopf sinken sie aber wieder. In Peking etwa gehen die Pro-Kopf-Emissionen bereits seit 2007 wieder zurück, besagt die im renommierten Fachmagazin „Nature sustainability“ publizierte Studie. Daraus leiteten die Forscher auf Basis von Wirtschaftsprognosen der Weltbank ab, dass Chinas Treibhausgas-Emissionen zwischen 2021 und 2025 mit rund 13-16 Gigatonnen den Zenit erreichen. Danach folge die Talfahrt. Eine Studie von Bloomberg New Energy Finance geht davon aus, dass die Emissionen aus Chinas Stromsektor nach 2027 zurückgehen und bis 2030 auf 79 Prozent des Niveaus von 2005 sinken. All dies ist wichtig, denn China ist seit 2006 der weltgrößte Emittent von Treibhausgasen – nicht zuletzt, weil jeder fünfte Erdenbürger Chinese ist. Aktuell emittiert China zehn Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalent – von rund 36 Milliarden Tonnen weltweit. „Die Zeitschiene der chinesischen Emissionen beeinflusst, ob die Welt über-

haupt eine Chance hat, die Pariser Temperaturziele noch zu erreichen“, sagt Ben Geman, Energieanalyst der Beratungsfirma Axios.

Umweltaktivisten Chinas Wirtschaftswachstum verlangsamt sich zwar, liegt mit zuletzt 6,6 Prozent aber immer noch sehr hoch. Der Löwenanteil von Energie und Strom wird nach wie vor aus Kohle generiert (siehe Beitrag rechts). Viele Metropolen leiden unter Smog. Flussgebiete sind stark belastet, Böden verseucht. Vor allem die Luftverschmutzung in den Städten sorgt für Unzufriedenheit. Das muss die Regierung berücksichtigen, denn Bürgerinitiativen für eine bessere Umwelt können auch in der Diktatur Erfolg haben. In Peking beschloss die Regierung vor einigen Jahren nach einer durch einen bekannten Immobilienmogul angestoßenen Online-Petition von Bürgern Transparenz zu Luftwerten und in der Folge strikte Maßnahmen zur Luftreinhaltung. Fabriken wurden ausgelagert und mussten Filter einbauen, sämtliche Kohlekraftwerke wurden geschlossen. Die Luft ist seither besser geworden; andere Städte folgen dem Beispiel.

Staudammprojekte Umweltgruppen können operieren, sofern sie nicht die Systemfrage aufwerfen. Einige wie Friends of Nature oder Green Earth Volunteers sind seit mehr als 20 Jahren aktiv. Beide kämpften gegen Staudämme am Nu-Fluss, dem letzten großen ungezähmten Fluss des Landes. Mehrere Dammbauprojekte wurden gestoppt, andere liegen seit Jahren auf Eis, mit ungewissem Ausgang. Internationale Organisationen wie Greenpeace East Asia oder WWF arbeiten in China beratend und erstellen Studien. Sogar Kommentatoren der Staatsmedien fordern immer wieder eine entschlossene Umwelt- und Klimapolitik. Die Regierung beschloss offiziell die Abkehr vom rein quantitativen Wachstum im Sinne einer nachhaltigen, umweltschonenderen Entwicklung. „Ich denke, Chinas Regierende haben begriffen, dass sie ihre Ambitionen steigern müssen“, sagt Li Shuo, leitender Klimaexperte bei Greenpeace China. Es gehe nicht nur um das mögliche Image als global führender Klimaretter, sondern auch um geopolitische Aspekte, etwa die öffentlichkeitswirksame Unterstützung für multilaterale Initiativen.

Hinzu kommt in China ein ausgeprägter Sinn fürs Geschäft. Ausgelöst von der Luftverschmutzung und der wachsenden Dürregefahr infolge der auch in China spürbaren globalen Erwärmung erkannte Peking

das enorme Potenzial einer globalen Energiewende. Es stieß diese vor einigen Jahren an mit dem Ziel, eine globale Führungsposition auf dem Zukunftsmarkt der erneuerbaren Energien zu erlangen.

Grüne Energie China ist heute weltgrößter Investor in erneuerbare Energien. Die installierte Kapazität der Erneuerbaren lag nach Angaben der Nationalen Energiebehörde (NEA) Ende 2018 bei insgesamt 728 Gigawatt (+12 Prozent gegenüber 2017). Im Gesamtjahr 2017 generierten die Erneuerbaren 1,87 Billionen Kilowattstunden Elektrizität (+10%). Den größten Anteil daran hat die Wasserkraft, die aufgrund der Umweltschäden an den betroffenen Flüssen umstritten ist. Doch Wind und Solar holen auf. Kein Land generiert heute mehr Solarstrom als China.

Der Anteil der Erneuerbaren Energien am Verbrauch lag 2018 bei 14,8 Prozent gegenüber 8,6 Prozent 2010. Ziel für 2030 sind 20 Prozent. Es könnte noch viel mehr sein, denn die installierte Kapazität für Erneuerbare hat einen Anteil von 38 Prozent. Verschwendung von Ökostrom, der vor allem in den weiten Hochebenen Westchinas generiert wird, ist eine Großbaustelle. Der Bedarf liegt in den Metropolen an der Küste; und in den Stromleitungen konkurrieren die Erneuerbaren mit Kohlestrom. Die Folge: Die Netze verteilen zu wenig Ökostrom, große Teile des Stroms verpuffen. In der autonomen Region Xinjiang ganz im Westen Chinas sind es laut Greenpeace bis zu 40 Prozent der Windenergie. 2017 stellte Peking einen Dreijahresplan zum Stopp der Verschwendung auf. Bis 2020 sollen nun weniger als fünf Prozent der Erneuerbaren Energie verloren gehen.

Elektroautos Je umweltfreundlicher der Strommix, desto effektiver wird auch die von China massiv gepuschte Elektromobilität die Klimabilanz des Landes verbessern. Elektroautos sollen zunächst vor allem den Smog in den Städten lindern. Aber es gibt zwei weitere Gründe für die Förderung: China benötigt viel mehr Öl, als es selbst zur Verfügung hat, und will die Abhängigkeit von Ölimporten vermindern. Außerdem strebt Peking eine globale technologische Führungsrolle auch in diesem Bereich an. 2025 soll nach Plänen der Regierung jedes fünfte verkaufte Auto ein Stromer sein. Seit diesem Jahr müssen alle Autohersteller nach einem komplizierten Schlüssel zehn Prozent ihres Absatzes – 2020 dann 12 Prozent, ab 2021 voraussichtlich weiter steigend – mit Elektroautos realisieren. Die Regierung investiert zudem in den Bau einer Ladeinfrastruktur.

Die Südmropole Shenzhen hat ihre gesamte Busflotte auf Elektroantrieb umgestellt. Im Juni kündigte das Umweltministerium an, ab sofort auch Methan als Schlüsselgröße bei der Emissionsbekämpfung anzusehen. So werde China Technologien zum Auffangen des Methans in der Öl- und Gasindustrie fördern, sagte Xu Huaqing, Direktor des Nationalen Zentrums für Klimawandel und Internationale Zusammenarbeit. Ein weiteres Programm ist die Aufforstung. Von 2014 bis 2018 wurden Wälder auf 3,65 Millionen Hektar Ackerland gepflanzt.

Müllprobleme Ein noch ungelöstes Großproblem ist Chinas riesiger Müllberg. Mit wachsendem Wohlstand entsteht auch hier eine Wegwerfgesellschaft. Bis vor kurzem importierte China Abfall aus aller Welt – bis Peking die Reißleine zog. Ende 2017 verbot die Regierung zunächst Importe ge-

fährlichen Abfalls. Anfang 2018 kamen 24 Arten festen Mülls hinzu, darunter Plastikabfälle aus dem Haushalt, Stoffreste oder unsortiertes Altpapier. Seit 2019 darf überhaupt kein Plastikmüll mehr eingeführt werden. Aber auch der inländische Müll ist für die Recyclingwirtschaft Chinas ein Problem. „Plastikmüll aus dem Haushalt, Stoffreste oder unsortiertes Altpapier, die Qualität ist schlecht, und es gibt keine Standards“, sagt Liu Hua von Greenpeace East Asia in Peking. Liu zeigt ein Video, das er am Mülltrennungs-Pilotprojekt einer Peking Wohnanlage gedreht hat. Drei Tonnen stehen dort: für Küchenabfälle, recycelbaren Müll und Restmüll. In allen Tonnen liegt vermischter Abfall, der Müllwagen kippt sie zusammen. „Das funktioniert überhaupt nicht“, sagt Liu. Da fehle es den Menschen an Bewusstsein und Bereitschaft. Ein konsequentes Regierungskonzept zum Thema Müll fehlt ebenfalls.

Dafür startet die Regierung quer durchs Land Pilotverfahren für zukunftsweisende Technologien: Projekte wie die Solarautobahn nahe der Stadt Jinan, in der auf einem Kilometer Länge Solarzellen unter einer transparenten Zementschicht gelegt wurden. Das Straßenstück kann nach Angaben des Erbauers Qilu Transport Development Group eine Gigawattstunde Strom im Jahr erzeugen, genug für 800 Haushalte. Liu Xiaoshi, Chef der regierungsnahen Elektroplattform EV100, kündigte kürzlich gegenüber einer deutschen Delegation an, bei den Olympischen Winterspielen Pekings 2022 im Austragungsort der Skiwettkämpfe Zhangjiakou zum Testen 1.800 Busse mit Brennstoffzellen einzusetzen. Die Chinesen sind für solche neuartigen Technologien immer offen. *Christiane Kühl* ||

Die Autorin ist Korrespondentin in Peking.

»Chinas Regierende müssen ihre Ambitionen steigern.«

Li Shuo, Klimaexperte bei Greenpeace China

Lichtblick im Kohlenstaub

ENERGIE In China spielt die Kohle eine Hauptrolle, aber Erneuerbare holen auf

China ist auch beim Energieverbrauch ein Land der Superlative. Nirgendwo sonst in der industrialisierten Welt sind die Wirtschaftswachstumsraten seit Jahren so hoch, und nirgendwo sonst wird so viel Energie benötigt und zugleich emsig die Energiewende bemüht, denn die gravierende Umweltbelastung trübt das Bild von der glänzenden neuen Weltmacht. Die Energieproduktion in China ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen und erreichte nach einer Analyse des Think-Tanks Agora Energiewende 2016 einen Wert von 5.990 Terrawattstunden (TWh). Das sind 1.760 TWh oder 40 Prozent mehr als 2010. Zum Vergleich: Die EU kam 2016 auf 3.211 TWh. Eine Terawattstunde entspricht einer Milliarde Kilowattstunden. Beim Stromverbrauch liegt China in absoluten Zahlen deutlich vor den USA und der EU, umgerechnet auf die Einwohnerzahl verbrauchen die Amerikaner aber fast drei Mal so viel Strom wie die Chinesen. Experten erwarten trotz der intensivierte Bemühungen zur Energieeffizienz in China angesichts der hohen Wachstumsraten und dem Trend zu elektrischen Fahrzeugen auch einen weiter ansteigenden Stromverbrauch. Bis 2040 wird zudem damit gerechnet, dass auch der durchschnittliche chinesische Haushalt fast doppelt so viel Strom verbraucht wie heute. In China ist nach wie vor Kohle der dominierende Energieträger. Zwar geht der prozentuale Anteil der Kohle am Energiemix des Landes zurück, jedoch kam die Kohle 2016 immer noch auf rund 65 Prozent der Gesamtenergieproduktion, 2010 waren es 76 Prozent. Die vielen Kohlekraftwerke bilden zwar einerseits das Rückgrat der chine-

sischen Energieproduktion und damit auch die Basis für die Industrialisierung und den sich ausbreitenden Wohlstand, führen auf der anderen Seite aber zu schweren Belastungen für die Umwelt und das Klima. Smog und hohe CO₂-Werte sind die Folge.

Neuer Energiemix Umwelt- und Klimaschutz spielen in China neuerdings eine größere Rolle. Die Erneuerbaren Energien, darunter Wind- und Wasserkraft sowie vor allem Solaranlagen, werden staatlich gefördert und haben in den vergangenen Jahren bereits stark zugelegt. Sie kamen 2016 zusammen auf einen Anteil von immerhin 25 Prozent am Energiemix des Landes oder rund 1.488 TWh. Hinzu kommt ein wach-

sender Anteil von Energie aus Kernkraft, der 2016 bei rund vier Prozent der Gesamtleistung lag. Der Energiehunger des mit knapp 1,4 Milliarden Menschen bevölkerungsreichsten Landes der Erde zieht sich durch alle Sektoren: Landwirtschaft, Industrie und Handwerk, Dienstleistungen sowie private Haushalte. Den größten relativen Zuwachs verbuchte der Agora-Studie zufolge zwischen 2010 und 2016 der Dienstleistungssektor mit 78 Prozent, ein Zeichen für den Wandel der chinesischen Wirtschaft. Nach Einschätzung der International Energy Agency (IEA) entwickelt sich China zu einer servicebasierten Wirtschaft und ist damit unterwegs in Richtung eines sauberen Energiemixes. Eine IEA-Projektion macht deutlich, dass Kohle nach der neuen Politik des Landes zwar auch in Zukunft noch eine bedeutende Rolle spielt, 2040 aber voraussichtlich weniger als 40 Prozent der gesamten Energieerzeugung des Landes ausmachen wird.

2016 lag die installierte Leistung für Kohle laut IEA bei 945 Gigawatt (GW), die Windenergie kam auf 149 GW, die Solarkraft auf 77 GW. In der Projektion wird davon ausgegangen, dass 2040 die installierte Kohleleistung mit 1.087 GW nur geringfügig höher liegt, während die Windkraft auf 593 GW hochschnellt und die Solarenergie sogar auf 738 GW. Hinzu kämen perspektivisch Wasserkraftwerke mit einer Leistung von 493 GW sowie die Nuklearenergie mit 145 GW Leistung. Die IEA kommt zu dem Schluss, dass der Weg zu sauberer Luft in China lang werden dürfte. Die Regierung gebe sich nun aber Mühe, „den Himmel wieder blau zu machen“. *pk* ||



Aufbau einer Windkraftanlage in China

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Koloss ohne Macht

KOLONIALISMUS In der Mitte des 19. Jahrhunderts gerät das chinesische Kaiserreich zunehmend unter den Einfluss der Großmächte. Vergessen ist dieses »Jahrhundert der Demütigung« bis heute nicht

Hongkong, 1. Juli 1997: Zu den Klängen von „God save the Queen“ und begleitet von den traurigen Blicken des britischen Thronfolgers Prinz Charles wird über der Metropole der „Union Jack“ eingeholt. Nach 156 Jahren britischer Herrschaft gehört die Kronkolonie wieder zu China. Mit den Übergabefehlern endet – mit rund 50-jähriger Verspätung – auch symbolisch ein Kapitel in der Geschichte Chinas, das als „Jahrhundert der Demütigung“ bis heute seine Spuren in der chinesischen Mentalität hinterlassen hat. „Die Chinesen wollen uns schlagen, weil es ein langes historisches Gedächtnis gibt. Das ist der Antriebs- und der Ehrgeiz der Chinesen: Wir holen uns unseren Platz in der Welt zurück“, verriet im Mai 2019 der BASF-Vorstandsvorsitzende Martin Brudermüller, der selbst zehn Jahre in Hongkong gelebt hat, in einem Interview.

Boxeraufstand Bremerhaven, 27. Juli 1900: Kaiser Wilhelm II. verabschiedet die deutschen Expeditionstruppen, die in China den sogenannten „Boxeraufstand“ niederschlagen sollen. Seine Ansprache wird als „Hunnenrede“ in die Geschichtsbücher eingehen: „Kommt ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wer euch in die Hände fällt, sei euch verfallen! Wie vor tausend Jahren die

Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in Überlieferung und Märchen gewaltig erscheinen lässt, so möge der Name Deutscher in China auf tausend Jahre durch euch in einer Weise bestätigt werden, dass es niemals wieder ein Chinese wagt, einen Deutschen scheel anzusehen!“ Das deutsche Expeditionskorps ist Teil einer internationalen Streitmacht, an der sich Großbritannien, Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn, Russland, Japan und die USA beteiligen. Auslöser für die Militärintervention ist ein Aufstand in der chinesischen Bevölkerung gegen den politischen und wirtschaftlichen Einfluss ausländischer Mächte und die zunehmende Christianisierung. Als der Aufstand der „Fäuste der Gerechtigkeit und Harmonie“, so nennen sich die Boxer selbst, im Mai 1900 die Hauptstadt Peking erreicht, ausländische Diplomaten wie der Deutsche Clemens Freiherr von Ketteler erschossen werden und das Gesandtenviertel belagert wird, in dem sich Diplomaten, Missionare und chinesische Christen verschanzt haben, eskaliert die Situation. Selbst der kaiserliche Hof der Qing-Dynastie, die seit 1644 in China herrscht und den Boxern anfänglich noch Einhalt gebieten will, ergreift offen Partei für die Aufständischen. „Unterstützt die Qing und vernichtet die Fremden“, hallt es in den Straßen von Peking. Doch die Chinesen haben der militärischen Macht der Europäer, Amerikaner



Zeitgenössische Darstellung der Hinrichtung des Mörders des deutschen Gesandten Clemens Freiherr von Ketteler während des Boxeraufstandes.

© picture-alliance/ullstein bild

und Japaner nichts entgegen zu setzen. Bis zum Herbst wird der Aufstand niedergeschlagen und China bekommt einen demütigenden Vertrag diktiert, der den Einfluss der Fremdmächte weiter ausbaut. Die Ursachen für den Boxeraufstand finden sich in einer Reihe von Demütigungen, die das einst so mächtige chinesische Kaiserreich seit Mitte des 19. Jahrhunderts hinnehmen muss. Den Anfang machen die Briten, die eine Öffnung des chinesischen Marktes erzwingen wollen. Der Handel mit dem Ausland ist streng reglementiert und darf lediglich über die südchinesische Stadt Kanton abgewickelt werden. Die Bri-



Europas Kolonialmächte und Japan zerstören China. Karikatur von 1898

ten kaufen neben Tee vor allem teure Produkte wie Rohseide, Gewürze und Porzellan. Im Gegenzug verkaufen sie eher preiswerte Gebrauchsgüter. Bis 1820 erwirtschafteten die Chinesen deshalb beständig einen Außenhandelsüberschuss gegenüber den Briten. Überhaupt: China ist Anfang des 19. Jahrhunderts noch die stärkste Wirtschaftsmacht der Erde. Um ihre Handelsdefizite auszugleichen, beginnt die britische Ostindienkompanie das unter ihrem Monopol in Bengalen produzierte Rauschgift Opium nach China einzuführen. Sie tut dies allerdings illegal mit der Hilfe von Schmugglern und bestochenen chinesischen Beamten. Als die chinesischen Behörden gegen den Schmuggel vorgehen und in Kanton 20.000 Kisten Opium vernichten lässt, reagiert Großbritannien prompt militärisch. Mit für die Chinesen frustrierender Leichtigkeit werden sie von den Briten in diesem Ersten Opiumkrieg besiegt.

Ungleiche Verträge Im folgenden Vertrag von Nanking (1842) bekommt das Kaiserreich Bedingungen diktiert, die dessen Niedergang und eine rund 100-jährige Epoche der Fremdbestimmung einleiten. China muss Hongkong abtreten, große Summen an Reparationen leisten und vier weitere Häfen für den internationalen Handel öffnen. Zudem wird ein Zollsystem unabhängig von der Nationalität eingeführt. Der Nanking-Vertrag ist nur der erste in der Reihe der sogenannten „Ungleichen Verträge“,

die China in der Folgezeit auch mit Frankreich, den USA, Russland, Deutschland und Japan abschließen muss und seine Souveränität massiv beschneidet. Nach dem Zweiten Opiumkrieg (1857-1860) muss China weitere elf Häfen für den Handel öffnen, die Einrichtungen ausländischer Botschaften in der Hauptstadt Peking akzeptieren und Engländern und Franzosen Schifffahrtsrechte auf dem Jangtsi einräumen. Zudem wird christlichen Missionaren Bewegungs- und Handlungsfreiheit in China gewährt. In der Folge steigt die Zahl christlicher Missionare im Land auf etwa 2.500 und die der konvertierten Chinesen auf etwa 600.000. Bis Ende des 19. Jahrhunderts schneiden sich immer mehr Staaten ihr Stück aus dem chinesischen Kuchen. Das Reich fällt unter eine Art halbkolonialer Fremdherrschaft. Das zaristische Russland besetzt das Amurgebiet und die mandschurische Küste, das aufsteigende Kaiserreich Japan verleiht sich Taiwan und die koreanische Halbinsel ein. Auch das Deutsche Reich bedient sich: Kaiser Wilhelm II. nimmt 1897 die Ermordung zweier deutscher Missionare zum Vorwand, um Tsingtau und die Bucht von Kiautschou besetzen zu lassen und China zu einem 99-jährigen Pachtvertrag zu zwingen. Geschuldet ist der dramatische Abstieg des chinesischen Kaiserreichs jedoch nicht allein dem Hunger der Kolonialmächte und ihrer militärischen Überlegenheit, sondern einer Reihe innenpolitischer Probleme,

Naturkatastrophen und eines explosiven Bevölkerungswachstums.

Taiiping-Aufstand All dies führt zum Aufstand der Taiiping-Bewegung (1851-1864) in Zentral- und Südostchina, der 20 bis 30 Millionen Opfer kostet. Diese Bewegung speiste sich aus christlichen, taoistischen, buddhistischen und konfuzianischen Gleichheitsidealen und forderte unter anderem die Abschaffung des Privateigentums, eine weitgehende Gleichstellung von Mann und Frau und nicht zuletzt den Sturz der Qing-Dynastie. Auch nach dem Sturz des letzten Kaisers und der Ausrufung der Republik (1912) kann China die Fesseln der Fremdbestimmung nicht lösen. Obwohl die junge Republik 1917 auf Seiten der Alliierten in den Ersten Weltkrieg eintritt, gelingt es ihr nicht, bei den Westmächten eine Auflösung der verhassten Ungleichverträge zu bewirken. 1927 stürzt das Land in den bis 1949 andauernden Bürgerkrieg zwischen der nationalchinesischen Kuomintang und den Kommunisten unter Mao Zedong, der lediglich durch ein Stillhalteabkommen während des Zweiten Weltkriegs unterbrochen wird. Bereits in den 1930er Jahren hatte Japan die Mandschurei besetzt und einen Marionettenstaat errichtet. Ab 1937 okkupiert Japan weitere große Teile Chinas. Endgültig abschütteln kann China die fremden Mächte erst nach dem Zweiten Weltkrieg und der Ausrufung der Volksrepublik China. *Alexander Weinlein*

Der Wellenritt des Drachen

SEEFART Vor 600 Jahren brechen gewaltige chinesische Expeditionsflotten in den Indischen Ozean auf. Doch das maritime Muskelspiel bleibt ein Intermezzo

Sie hätten sich begegnen können. An den Küsten Ostafrikas oder Indiens. Oder auf den Weiten des Indischen Ozeans. Die eine von Westen vorstoßend, die andere von Osten. Es wäre ein höchst ungleiches Treffen zweier höchst ungleicher Seemächte geworden. Und es hätte den Verlauf der Geschichte maßgeblich verändern können. Doch es sollte anders kommen. Am 20. Mai 1498 erreicht der Portugiese Vasco da Gama als erster Europäer auf dem Seeweg Indien. Im Juli des Vorjahres hatte der berühmte Seefahrer Lissabon mit vier Schiffen verlassen, im November das Kap der Guten Hoffnung an der Südspitze Afrikas umrundet und im April 1498 die Stadt Malindi im heutigen Kenia erreicht. Von dort brach er zur entscheidenden letzten Etappe nach Indien auf. Die Fahrt des Vasco da Gama sollte der europäischen Geschichte ebenso wie die Entdeckung Amerikas durch Christoph Kolumbus sechs Jahre zuvor eine entscheidende Wende geben, die den Aufstieg Spaniens und Portugals zu großen See-, Handels- und Kolonialmächten markiert, in deren Fußstapfen später Holländer, Franzosen und Engländer treten werden.

Schatzschiffe vor Afrika Doch bereits 84 Jahre vor Vasco da Gamas bescheidener Flotille zeigt eine ganz andere Seemacht

Flagge an der Ostküste Afrikas. Vor Malindi liegt im Jahr 1414 eine 63 Schiffe umfassende Flotte unter dem Banner des chinesischen Kaiserreichs. An Bord der Schiffe leben und arbeiten etwa 28.000 Menschen: Neben Seeleuten und Soldaten auch Forscher, Astrologen, Kartographen, Dolmetscher und Diplomaten. Bis zu 120 Meter lang, 50 Meter breit und mehrere Decks hoch sollen die größten Schiffe dieser gewaltigen Dschunken-Armada gewesen sein. So berichten es alte chinesische Chroniken. Mit ihren roten Seidensegeln an bis zu neun Masten, ihren aufgemalten Augen am Bug und 24 Bronzekanonen müssen die sogenannten „Schatzschiffe“ ein beeindruckendes und zugleich einschüchterndes Schauspiel abgeben haben. In der Expeditionsflotte segeln neben den Schatzschiffen spezielle Tankschiffe für die Trinkwasserversorgung, Transportschiffe für Pferde und kleine schnelle Signalschiffe. Moderne Forscher halten die überlieferten Größenangaben der Schatzschiffe zwar für übertrieben, schätzen deren Länge aber immerhin auf bis zu 84 Meter. Was hätten Spanier und Portugiesen auf ihren Karaveln, Karaken und Naus im Angesicht einer solchen maritimen Macht wohl gedacht? Zum Vergleich: Die „Santa Maria“ des Kolumbus oder da Gamas „São Gabriel“

brachten es gerademal auf eine Länge zwischen 20 und 25 Meter. Kommandiert wird die chinesische Flotte von einem Mann namens Zheng He. Als der Admiral 1414 vor der afrikanischen Küste Anker werfen lässt, befindet er sich bereits auf seiner vierten See-Expedition, die er im Namen des Ming-Kaisers Yongle in die Gewässer Südasiens und des Indischen Ozeans führt. Bis 1433 sollen drei weitere folgen. Am Ende seiner erstaunlichen Karriere werden die Expeditionsflotten des Zheng He rund 50.000 Kilometer zurückgelegt haben. „Wir haben unseren Blick auf barbarische Gegenden geworfen, weit entfernt und verborgen hinter der blauen Transparenz dünner Nebelschleier, während unsere Segel Wolken gleich, Tag und Nacht Kurs hielten“, lässt der stolze Seefahrer auf einer Steintafel als Vermächtnis einmeißeln. Zheng He stammt aus einer wahrscheinlich muslimischen Familie in der südchinesi-

schen Provinz Yunnan. 1382 gerät er als elfjähriger Junge in die Gefangenschaft kaiserlicher Truppen, die eine Rebellion in der Yunnan niederwerfen, wird als Diener an den Hof des Prinzen Zhu Di gebracht und kastriert, weil am Hof des Kaisers und seiner Nachkommen keine anderen zeugungsfähigen Männer leben dürfen. Zwischen dem Prinzen und seinem Diener, der in Diplomatie und Kriegskunst unterrichtet wird, entsteht ein enges Vertrauensverhältnis, und als Zhu Di 1402 als Kaiser Yongle den Drachenthron besteigt, steigt Zheng He mit in der Hierarchie auf. Bereits ein Jahr später betraut der Ming-Kaiser ihn mit dem Bau einer gewaltigen Flotte, die 1405 erstmals in See sticht, und macht den Eunuchen zum Admiral. So überlegen sich die maritimen Möglichkeiten des chinesischen Kaiserreichs Anfang des 15. Jahrhunderts gegenüber den Europäern präsentiert, so unterschiedlich sind auch die Beweggründe. Während die Portugiesen im 15. Jahrhundert ihre Entdeckungsfahrten entlang der Küsten Afrikas und ab dem 16. Jahrhundert im Indischen

Ozean für die Gründung fester Handelsniederlassungen, Stützpunkte und Kolonien nutzen, verzichtet das chinesische Kaiserreich auf eine vergleichbar expansive Politik. **Handel und Diplomatie** Die Fahrten des Zheng He nach Indonesien, Indien, die Straße von Hormus, den Golf von Aden und die Ostküste Afrikas sind auch weniger Entdeckungsfahrten. Zumindest die Seehandelsrouten nach Indien sind den Chinesen zu diesem Zeitpunkt längst bekannt. Neben der Bekämpfung der Piraterie vor allem auf der ersten Expedition, dienen die Fahrten neben dem Handel vor allem der Diplomatie und der Machtrepräsentation des Drachen. Es werden Abkommen geschlossen, Tribute meist in Form von Geschenken für den Kaiser entgegengenommen, ausländische Gesandtschaften an den Kaiserhof in Peking gebracht, damit sie dem „Sohn des Himmels“ huldigen. Der wirtschaftliche Nutzen der maritimen Unternehmungen steht hingegen kaum im Verhältnis zum finanziellen Aufwand, der für den Unterhalt der Flotte betrieben werden muss. Dies ist dann wohl auch eine der Hauptursachen, warum das gewaltige maritime Programm ebenso plötzlich wieder eingestellt wird, wie es aus dem Boden gestampft worden war. Als Kaiser Yongle

1424 stirbt, mottet sein Nachfolger Kaiser Honxi die Flotte der Schatzschiffe zunächst ein. Sein Sohn, der Xuande-Kaiser beauftragt Zhen He 1431 zwar noch einmal mit einer Expedition nach Malakka und Thailand, doch ab 1435 ändert sich die maritime Politik Chinas unter Kaiser Zhen-tong endgültig. Angesichts von Naturkatastrophen, Hungersnöten und Pestepidemien steht für eine Schatzflotte kein Geld mehr zur Verfügung. Zheng He muss das Ende der maritimen Ambitionen des Drachen nicht mehr erleben, er stirbt 1433. Zwar dominieren die Chinesen auch weiterhin den Seehandel in Ostasien, aber als die Portugiesen 60 Jahre später in den Indischen Ozean vordringen, existiert dort keine politische Seemacht mehr, die sie stoppen könnte. Seit den Tagen des Zheng He hat sich kein Herrscher auf dem Drachenthron je wieder an die Finanzierung einer staatlichen Hochseeflotte dieser Ausmaße getraut. Das ändert sich erst wieder mit den „roten Kaisern“. *aw*

»Wir haben unseren Blick auf barbarische Gegenden geworfen.«

Inscriptur einer Steintafel des Admirals Zheng He



HOCHSCHULEN IN CHINA

Universität Peking

Die „Beida“ ist eine der wichtigsten Hochschulen Chinas. Die Hochschule wurde im ausgehenden 19. Jahrhundert als Kaiserliche Universität von Peking und eine der ersten modernen Hochschulen Chinas gegründet.

Tsinghua-Universität

Die Universität in unmittelbarer Nachbarschaft zur Beida im Nordwesten Pekings gilt als führende technische und naturwissenschaftliche Universität Chinas, der Schwerpunkt liegt auf den Ingenieurwissenschaften.

C9-League-Universitäten

Weitere sieben chinesische Universitäten haben sich mit den beiden renommierten Hauptstadt-Hochschulen zur exklusiven C9-League zusammengeschlossen, auch sie belegen regelmäßig vordere Plätze in den internationalen universitären Rankings.

Universitäten in Hongkong

Gleich vier der insgesamt 20 Hochschulen Hongkongs schafften es im aktuellen „QS World University Ranking“ unter die 100 besten Universitäten der Welt, ganze sechs im „Times Higher Education Ranking“.



Schüler in der Stadt Fuyang bereiten sich auf die Hochschulzulassungprüfung vor

© picture-alliance/dpa/MAXPPP

Büffeln für das Gaokao

BILDUNG Die Abi-Prüfungen im Juni sind ein landesweites Ereignis. Auswendiglernen steht im Vordergrund

Die große Prüfung des Lebens steht jedes Jahr im Juni an: das Gaokao. Ein Test, zwei Tage, von dem in China fast alles abhängt.

Druckt. Die Prüfungszentren sind videoüberwacht. Es gibt Störsender, damit niemand ein geschmuggeltes Smartphone nutzen kann.

In den Monaten vor dem Gaokao geht es vor allem ums Auswendiglernen. Das fängt schon in der ersten Klasse mit den Schriftzeichen an.

An den Testtagen wird auf vielen Baustellen nicht gearbeitet.

Viele besorgte Eltern unternehmen alles Mögliche, damit die Prüfung gelingt: Am Vorabend bestellen sie ein Taxi, das auf keinen Fall die Ziffer vier im Nummernschild trägt.

An den Testtagen wird auf vielen Baustellen des Landes nicht gearbeitet, keine Kreissäge, die jaulend die Konzentration stört.

Der Druck etwas zu lernen, setzt daher früh ein. Schon im Vorschulalter bekommen viele Kinder in den Städten Fremdsprachen beigebracht.

Selbst an den meisten Universtitäten lernen die Studenten nur mit Lehrbüchern, eigene Nachforschungen in der Bibliothek strengen sie kaum an.

Gute Noten bekommt stets derjenige, der Wissen reproduziert.

all lagen die Shanghaier Kinder mit deutlichem Abstand vorne. Sechs Jahre später wurde der Test dann auf Peking und die beiden reichen Küstenprovinzen Jiangsu und Guangdong ausgeweitet.

Die Schulen in den großen Städten werden nicht von den Kindern aller Einwohner besucht. Der Grund ist das sozialistische Meldesystem. Von der Geburt an hat jeder Chinese eine Haushaltsregistrierung.

Absolventen bekommen einen Platz an einer der großen Universitäten in den Küstenstädten (siehe Leiste links). Für meisten Chinesen bedeutet es, dass sie sich lediglich an einer der vielen kleinen Hochschulen einschreiben dürfen.

Die Schulen in den großen Städten werden nicht von den Kindern aller Einwohner besucht. Der Grund ist das sozialistische Meldesystem. Von der Geburt an hat jeder Chinese eine Haushaltsregistrierung.

Zum anderen entscheiden sich inzwischen immer mehr wohlhabende Chinesen dafür, ihren Nachwuchs ins Ausland zu schicken und ihm das Lern-Martyrium Gaokao zu ersparen.

Der Autor ist Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ in Peking.

Mit Konfuzius im Koffer

WERTE China besinnt sich auf die eigenen kulturellen Traditionen – auch als Heilmittel gegen den Modernisierungsdruck

Der Ort ist mit Bedacht gewählt: Als Xi Jinping 2012 sein Amt als KP-Generalsekretär antrat, wählte er die Bühne des neu eröffneten Chinesischen Nationalmuseums an der Ostseite des Tiananmen-Platzes.

Die Antworten auf die Frage, worin dieses Erbe und die viel beschworene „Eigenart des chinesischen Sozialismus“ eigentlich bestehen.

Offensichtlich ist der verstärkte Rückgriff im heutigen China auf Motive der eigenen Geschichte in Kino, Theater, Kunst und teils auch Architektur – und etwa auch im Aufblühen zahlreicher buddhistischer und daoistischer Klöster.

Als Beispiel einer Verschmelzung von konfuzianischer Tradition und Marxismus-Leninismus gilt die Widerspruchslehre, die marxistische Dialektik und vormoderne Traditionen dialektischen Denkens kombiniert.

Aber schon der Blick in die sich so rasant wandelnden chinesischen Millionenmetropolen zeigen auch Verunsicherung über die eigene kulturelle Identität.

Als Beispiel einer Verschmelzung von konfuzianischer Tradition und Marxismus-Leninismus gilt die Widerspruchslehre, die marxistische Dialektik und vormoderne Traditionen dialektischen Denkens kombiniert.



Eiffelturm in einem Vorort von Hangzhou

© picture-alliance/dpa

Vage Antworten So oft der „chinesische Traum“ beschworen werden mag und so selbstbewusst sich KP-Funktionäre als Führer einer aufstrebenden und mit ihren Traditionen im Reinen befindlichen Nation präsentieren mögen, die stolz auf eine mehrtausendjährige Zivilisationsgeschichte zurückblicken könne, so vage werden

Anzeige



Deutscher Bundestag

Ausschreibung Medienpreis Parlament 2020

Der Deutsche Bundestag würdigt mit dem Medienpreis Parlament herausragende publizistische Arbeiten, die zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen.

- Eingereicht werden können journalistische Beiträge, die in Printmedien, Online-Medien, Rundfunk oder Fernsehen erschienen sind.
■ Der eingereichte Beitrag muss zwischen dem 1. Oktober 2018 und dem 30. September 2019 veröffentlicht worden sein.

Eine unabhängige Fachjury aus sieben renommierten Journalistinnen und Journalisten entscheidet über die Vergabe des Preises.

Bewerbungen oder Rückfragen sind an folgende Adresse zu richten:

Deutscher Bundestag
Fachbereich WD 1
Medienpreis Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-38630, Fax: +49 30 227-36464
E-Mail: medienpreis@bundestag.de
Internet: www.bundestag.de/medienpreis



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Exiltribeter in Indien fordern einen Tag vor dem Tod des chinesischen Dissidenten Liu Xiaobo im Juli 2017 die Erlaubnis zur Ausreise des lange inhaftierten Friedensnobelpreisträgers aus China.

© picture-alliance/AP Photo

Der chinesische Weg

MENSCHENRECHTE Mit den abendländischen Vorstellungen hat Pekings Position wenig gemein

Ausgerechnet der 2015 verstorbene Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) hat in der Menschenrechtsfrage immer wieder eine Lanze für die chinesische Regierung gebrochen: „Die Menschenrechte sind eine westliche Erfindung“, sagte der Hanseat etwa ein Jahr vor seinem Tod in einem Interview. Und: „Ich würde für die Menschenrechte in meinem eigenen Staat notfalls auf die Barrikaden gehen, aber ich habe nicht das Recht, anderen Leuten öffentlichen Ratschläge zu geben, wie sie die Menschenrechte verwirklichen.“ Seine Botschaft richtete sich dabei an die deutsche Regierung, nicht moralisch herablassend über China zu urteilen. Tatsächlich unterscheidet sich die offizielle Position der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) deutlich von der christlich-abendländischen Menschenrechtsidee: Demnach hängen die Menschenrechte, deren Schutz seit 2004 in der chinesischen Verfassung verankert ist, stets auch von den „wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen“, von „Denkweise, Sitten und Bräuche“ des jeweiligen Landes ab, wie das staatliche Medium „Beijing Rundschau“ in einem Artikel von 2014 festhält. Wenig überraschend stellt das konfuzianisch geprägte China das Wohl der Mas-

Chinas Führung stellt das Wohl der Masse über die Rechte von Minderheiten.

se über die Rechte von Minderheiten. Der von 1987 bis 1998 amtierende Regierungschef Li Peng formulierte dies unmissverständlich: Für ein Entwicklungsland wie China seien das Recht zu überleben sowie das Recht auf wirtschaftliche Entwicklung die wichtigsten Menschenrechte. Nach dieser Argumentation hat Chinas Regierung ihre Ziele in rasantem Tempo erreicht: Allein in den vergangenen 35 Jahren ist die Alphabetisierungsrate der Bevölkerung von 66 Prozent auf mittlerweile rund 97 Prozent angewachsen. Seit 1990 sind die Arbeitslöhne um das Achtefache angestiegen. Laut der staatlichen Statistikbehörde umfasst die chinesische Mittelschicht mittlerweile knapp 400 Millionen Personen – also fast ein Drittel der Bevölkerung, die ein Jahreseinkommen zwischen rund 3.200 Euro und 32.000 Euro zur Verfügung haben. Und doch ist dies nur eine Seite der Medaille: Westliche Nichtregierungsorganisationen (NGO) kritisieren – etwa wie zuletzt Amnesty International –, dass sich die Menschenrechtssituation in China „massiv verschlechtert“ habe. So führt das Reich der Mitte nach wie vor mit geschätzt mehreren tausend Hinrichtungen pro Jahr den Todesstrafenbericht von Amnesty an. Des Weiteren kritisiert die NGO die ausgeweiteten Sicherheitsgesetze zur Überwachung, willkür-

liche Verhaftungen und Folter. Auf dem Pressefreiheit-Ranking von „Reporter ohne Grenzen“ rangiert China zudem als 177. auf dem weltweit vierletzten Platz. „Die Behauptung der chinesischen Regierung, ein Vorkämpfer für Menschenrechte zu sein, weil die Armutsrate gesunken ist, ist schlichtweg Propaganda“, meint Benjamin Haas, der mehrere Jahre als Korrespondent in China gearbeitet hat und derzeit Gastwissenschaftler der Berliner Denkfabrik Merics ist. „Es war allein der Erfindungsgeist und die harte Arbeit der chinesischen Bevölkerung, die Millionen aus der Armut erhaben hat“, sagt der US-Amerikaner. Der einzige Verdienst, die der Regierung bei diesem Prozess zukomme, sei es, sich von der destruktiven Wirtschaftspolitik nach der kommunistischen Revolution abgewandt zu haben. Menschenrechte seien, betont der China-Experte, universal; und die unzähligen Risiken, die unter großem persönlichen Risiko für ihre Rechte kämpfen, seien der beste Beleg dafür. Seit jehar lautet die Gretchen-Frage für viele China-Experten, ob der chinesische Weg – wirtschaftliche Öffnung des Landes bei gleichzeitigem striktem Ein-Parteien-System – nachhaltig funktionieren kann. „Früher oder später wird sich Chinas Wachstum verlangsamen“, schrieb etwa der bekannte

Mit der Strategie des »Stabilitäts-erhalts« geht die Unterdrückung einher.

„New York Times“-Kolumnist Thomas Friedman bereits im Jahr 1998: „Das ist der Zeitpunkt, an dem China eine legitimierte Regierung benötigt. (...) Wenn Chinas 900 Millionen Dorfbewohner Telefone haben und sich gegenseitig anrufen, wird das Land unweigerlich offener werden“. Die damals, wenige Jahre nach dem Fall der Sowjetunion weit verbreitete Prognose vieler Analysten lautete: Wenn die Chinesen einen gewissen Wohlstand erreicht haben, werden sie intuitiv freie Wahlen einfordern. Mehr als 20 Jahre nach Friedmans Kolumne lässt sich resümieren, dass diese Rechnung nicht aufgegangen ist. Zwar ist die Expansion der mittlerweile zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt abgekühlt, seit die gestiegenen Personalkosten auf die Margen der Unternehmen drücken und zuletzt auch der eskalierende Handelskrieg mit den USA den Ausblick trübt. Doch der rasante technische Fortschritt hat – wenn überhaupt – die totalitären Tendenzen im Land nur mehr verstärkt. Mittlerweile besitzen zwar rund 800 Millionen Chinesen ein Smartphone, doch statt zu einer offeneren Gesellschaft hat dies vor allem zu einem rigiden Überwachungsstaat geführt. Das Verständnis der KPCh von Menschenrechten lässt sich auch im jährlichen Regierungsbericht an den Nationalen Volkskon-

gress ablesen. Darin hat Premierminister Li Keqiang 2019 der Wahrung gesellschaftlicher Stabilität die höchste Priorität eingeräumt: So sollen insgesamt elf Millionen urbane Arbeitsplätze allein im Jahr 2019 kreiert werden. Gleichzeitig geht mit der Strategie des „Stabilitäts-erhalts“ die Unterdrückung von – wie es die KPCh nennt – „destabilisierenden Elementen“ einher: Dissidenten, kritische Intellektuelle, Anhänger von Untergrund-Kirchen sowie angebliche Terroristen in Xinjiang und Tibet werden rigide verfolgt. Seit im Jahr 2015 ein neues Gesetz zur Nationalen Sicherheit verabschiedet wurde, kann der Staatsapparat noch stärker gegen Oppositionelle und Aktivisten vorgehen. **Mittel des Machterhalts** Die Menschenrechte in China dienen also zuallererst als Instrument des Machterhalts der KPCh. Es bleibt fraglich, ob der fehlende Rechtsstaat, ausbleibende Meinungsfreiheit und unzureichender Schutz von Minderheiten letztendlich der gesellschaftlichen Entwicklung des Landes im Wege stehen werden. „Ich würde mir nicht trauen, hier eine Prognose über den Ausgang anzustellen. Doch schauen Sie sich nur mal folgende Zahlen an: China gibt jährlich mehr Geld zur Überwachung seines eigenen Volks als für sein Militär, Forschung oder Wohnbauförderungen“, sagt Benjamin Haas vom Merics Institut. *Fabian Kretschmer*

Der Autor lebt als freier Ostasien-Korrespondent in Seoul.

Angst vor dem Ende der Freiheiten

TAIWAN Hongkongs schrumpfende Freiräume liefern der Inselform der Demokratie den Beleg, dass Pekings Slogan »Ein Land, zwei Systeme« nicht zu trauen ist

Wohl keine Gesellschaft stellt sich so eindeutig auf die Seite von Hongkongs Protestbewegung wie die von Peking beanspruchte Inselform der Demokratie Taiwan. „Es ist traurig zu sehen, wie die Rechtsstaatlichkeit in Hongkong zusehends erodiert“, twitterte Außenminister Joseph Wu Ende Juli. „Freiheit und Menschenrechte müssen geschützt werden.“ Am Vortag hatte die Polizei der chinesischen Sonderverwaltungszone Tränengas gegen Demonstranten eingesetzt, maskierte Schlägertrupps waren ungehindert auf Protestteilnehmer losgegangen. Auch Taiwans eher chinafreundliche Oppositionspartei Kuomintang (KMT) rief Hongkongs Verwaltung auf, im Dialog das Vertrauen der Bevölkerung zu suchen. Lange hatten vor allem Wirtschaft und Tourismus die beiden früheren „asiatischen Tiger“ miteinander verbunden. Doch heute sehen es viele als gemeinsame Aufgabe, ihre Freiheiten – im Fall Taiwans gar die De-Facto-Unabhängigkeit – gegen Pekings Machtansprüche zu verteidigen.

„Taiwan steht am Abgrund, Hongkong ist schon einen Schritt weiter – im negativen Sinne“, sagt Klaus-Peter Willsch. Der CDU-Bundestagsabgeordnete steht dem Parlamentarischen Freundeskreis Berlin-Taipei mit knapp 30 Mitgliedern vor. „Hongkong wurde von der Volksrepublik mit dem falschen Versprechen ‚Ein Land, zwei Systeme‘ gelockt“, so Willsch. „Das hat sich als fataler Fehler erwiesen.“

Dieses Prinzip sichert der früheren britischen Kolonie Hongkong zu, trotz Rückgabe an China seine inneren Angelegenheiten bis 2047 ohne Einmischung zu regeln – samt freier Wahlen und Rechtsstaatlichkeit. Es entstand in den 1980er Jahren als Modell für einen Anschluss Taiwans an die Volksrepublik. Für diesen Fall wurde sogar noch weitere reichende Autonomie in Aussicht gestellt. Doch nun erkennen nicht nur die Einwohner von Hongkong, dass ihre Freiräume zusehends enger werden. Auch in den Augen der Taiwaner liefert die Stadt mittlerweile vor allem ein abschreckendes Beispiel dafür, dass Pekings Zusagen kaum zu trauen sei. Die jüngsten Ereignisse zeigten, „wie schwierig, wenn nicht unmöglich es ist, Freiheit und Demokratie auf der einen und Autoritarismus auf der anderen Seite in einem Land zu vereinen“, sagt Frederic Krumborn von der Stiftung Wissenschaft und Politik, der derzeit in Taiwan ist. Das verringere „die ohnehin schon geringe Bereitschaft einer Vereinigung mit China weiter.“ „So lange ich Präsidentin bin, wird ‚Ein Land, zwei Systeme‘ nie eine Option sein“, teilte Taiwans Staatschefin Tsai Ing-wen im Juni mit, nachdem es in Hongkong Auseinandersetzungen von Polizei und Demonstranten gegeben hatte. Der aktuelle Wider-

stand hatte mit millionenstarken Protestmärschen gegen ein inzwischen zurückgezogenes Auslieferungsgesetz begonnen. Für Taiwan markierte eine Rede von Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping zu Jahresbeginn einen Wendepunkt. Die Volksrepublik strebe auf jeden Fall eine Vereinigung mit Taiwan an, so Xi. Militärische Gewalt sei eine Option. Schon zuvor hatte Peking Kommunikationskanäle zu Taiwans Regierung gekappt, Gesprächsangebote ignoriert und den Druck auf vielen Ebenen erhöht. Größtes Hindernis auf internationaler Bühne ist für Taiwan das „Ein-China-Prinzip“, mit dem Peking seinen Anspruch untermauert. Nur 17 Länder unterhalten noch diplomatische Beziehungen zu Taipeh. Wer Taiwan als souveränen Staat behandelt, bekommt Ärger mit Peking. So folgen fast alle Länder einer Ein-China-Politik, wenn auch in unterschiedlicher Form. Taiwans Präsidentin Tsai kann etwa in den USA öffentlich auftreten – anders als in der EU. **Neuwahlen** Die deutsche Ein-China-Politik, so das Auswärtige Amt (AA), betone „Frieden und Stabilität in der Taiwan-Straße im Rahmen des Status Quo, der ausschließlich friedlich und auf der Grundlage eines gegenseitigen Respekt geprägten Dialogs geändert werden kann.“ Sie erken-

ne „nur die Volksrepublik China als einzigen souveränen Staat in China an“. Wie Taiwan in diese Definition passt, ist unklar. 2008 hatte das AA nach einem Treffen des damaligen Außenministers Frank-Walter Steinmeier mit seinem chinesischen Kollegen mitgeteilt, Berlins Ein-China-Politik beinhalte „die Zugehörigkeit“ Taiwans „zum chinesischen Territorium“. Ist dieser Begriff gleichbedeutend mit der Volksrepublik China, oder bleibt daneben Raum für Taiwan, dessen eigene Staatsbezeichnung „Republik China“ lautet? Laut Willsch muss klar sein, dass Deutschland selbst diese Politik definiert. „Taiwan muss wissen: Wir lassen euch nicht hängen.“ Am 11. Januar stehen in Taiwan Präsidentschaftswahlen an. Peking will eine Wiederwahl Tsai Ing-wens verhindern. Als Wunschkandidat gilt der populistisch auftretende Han Kuo-yu von der KMT. Doch die Ereignisse in Hongkong ringen Han Zugeständnisse ab. „Ein Land, zwei Systeme“ gebe es in Taiwan „nur über meine Leiche“, sagte er im Juni. Für wen die Taiwaner sich bei der richtungweisenden Wahl entscheiden, gilt derzeit noch als völlig offen. *Klaus Bardenhagen*

Der Autor ist freier Journalist in Taipeh.



Demonstration in Hongkong im Juni 2019 gegen das Auslieferungsgesetz

MINDERHEITEN IN CHINA

Nationale Minderheiten

Von den zirka 1,382 Milliarden Menschen in der Volksrepublik China sind etwa 92 Prozent Han-Chinesen. Daneben gibt es 55 weitere ethnische Gruppen, die offiziell als nationale Minderheiten Chinas anerkannt sind und deren Wohngebiete zwei Drittel des Landes umfassen – wobei nicht selten auch dort die Han-Chinesen die Mehrheit stellen. Die Bevölkerungszahl dieser Minderheiten schwankt zwischen einigen Tausend und mehreren Millionen; zu den bevölkerungsreichsten zählen die Zhuang, die Mandschu, die Hui und die Uiguren mit jeweils mehr als zehn Millionen Menschen sowie die Miao, die Yi, die Tujia, die Tibeter und die Mongolen mit jeweils mehr als fünf Millionen.

Die Zhuang, Mandschu, Hui und Uiguren

Die größte Minderheit in der Volksrepublik stellt nach dem Zensus von 2010 das Volk der Zhuang, das größtenteils im Südosten Chinas lebt, mit rund 16,9 Millionen Menschen. Die Mandschu, die von 1644 bis 1911 mit der Qing-Dynastie das letzte Kaiserhaus Chinas stellten, kommen danach auf etwa 10,4 Millionen Menschen, die insbesondere im Nordosten des Landes zu finden sind. Weit verbreitet sind in China die Hui mit etwa 10,6 Millionen Menschen, die indes von Taiwans Regierung nicht als Nationalität, sondern als Han muslimischen Glaubens betrachtet werden. Moslems sind zumeist auch die turksprachigen Uiguren mit gleichfalls mehr als zehn Millionen Menschen, die zum größten Teil im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang im Nordwesten Chinas beheimatet sind.

Die Miao, Yi, Tujia, Tibeter und Mongolen

Etwa 9,4 Millionen Menschen in der Volksrepublik gehören dem Volk der Miao im Süden des Landes an. In eher südwestlicheren Provinzen siedelt das Volk der Yi mit rund 8,7 Millionen Menschen, während die zirka 8,4 Millionen Tujia überwiegend in südöstlicheren Provinzen zu finden sind. Die etwa 6,3 Millionen in China lebenden, buddhistischen Tibeter wohnen größtenteils im Südwesten im Autonomen Gebiet Tibet auf dem Gebiet des historischen, als „Dach der Welt“ bekannten Tibet. Von den rund sechs Millionen Mongolen in China ist der Großteil in der inneren Mongolei beheimatet; die Mongolen stellten die von 1279 bis 1368 in China regierende Yuan-Dynastie.

Religiöse Minderheiten

In der laizistischen Volksrepublik herrscht eine atheistische Staatsideologie; den rund 90 Millionen Mitgliedern der Kommunistischen Partei ist das Bekenntnis zu einer Religion untersagt. Laut Verfassung erkennt der chinesische Staat fünf Religionen an, nämlich Buddhismus, Daoismus und Islam sowie protestantisches und katholisches Christentum. Gleichwohl müssen sich kirchliche Gruppen beim Religionsamt registrieren lassen und sich einer staatlich kontrollierten Kirchen beziehungsweise religiösen Vereinigungen unterordnen. Gruppen, die sich Registrierung und Kontrolle zu entziehen versuchen, sind nach Angaben des Auswärtigen Amtes (AA) Repressalien und Verfolgung ausgesetzt; auch 2018 kam es laut AA zu Zwangsräumungen und Abrissen von Kirchen. Insbesondere Falun Gong und christliche Hauskirchen werden den Angaben zufolge verfolgt und auch Angehörige der islamischen Minderheit der Uiguren und des tibetischen Buddhismus zunehmend unterdrückt.

Zahl der Religionsanhänger in der Volksrepublik

Die Zahl der Religionsanhänger in der Volksrepublik China lässt sich nur sehr grob angeben, zumal verschiedene Quellen unterschiedliche Daten aufweisen. Ungefähren Angaben nach offiziellen Daten von 2000 und einer Schätzung aufgrund von Umfragen zweier Professoren von 2005 zufolge sind etwa 300 bis 400 Millionen Gläubige. Davon sind 150 bis 200 Millionen Buddhisten, während die chinesische Volksreligion ungefähr 130 Millionen Anhänger hat. Die Zahl der Christen bewegt sich zwischen 33,5 und 48 Millionen, wobei die Protestanten 25 bis 35 Millionen zählen und die Katholiken 8,5 bis 13 Millionen. Die Muslime stellen elf bis 18 Millionen Menschen und die Daoisten 5,5 Millionen. *sto*



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Südkorea hat coole TV-Serien und K-Pop, Japan coole Mangas, Hongkong hat coole Kanto-Pop und China hat – einen uncoolen Konfuzius. In Wirtschaft und Politik glänzt die Volksrepublik als neue Weltmacht, aber seine moderne Kultur entfaltet über die eigenen Grenzen hinaus kaum Anziehungskraft. Chinas wenige Kulturexporte kommen antiquiert daher und tragen einen langen Bart. Fragt man jüngere Menschen in Deutschland, was sie von chinesischer Kultur wissen, kommt nicht viel als Antwort. Dabei ist sie lebendig, die populäre Kultur Chinas, und auf den Straßen der chinesischen Metropolen und in den sozialen und traditionellen Medien lässt sich beobachten, was heute in China ankommt. Von Teenie-Idolen bis hin zu Kult-Serien findet sich alles, was es im Westen auch gibt. China ist der größte Markt für Filme geworden. Serien und Game-Shows nach amerikanischem Vorbild werden in Masse produziert. Es gibt kreative Mode-Designer und Streetwear, Musik- und Theater-Festivals und neben den süßlichen Schlägern des Mainstreams findet man auch andere Musik, Rock und Jazz und etwa die schrägen „Higher Brothers“ mit ihrem chinesischem Rap. Es gibt Standup-Comedy, moderne Literatur online und auf Papier. In den sozialen Medien und auf Wechat, dem chinesischen Äquivalent der Whatsapp, setzen die Prominenten der Unterhaltungsbranche Stil und Themen.

Mäßige Erfolge beim Film All das kennt man in Europa kaum. Was im Westen angekommen ist, kam oft über den Umweg Hollywood und Hongkong wie die Kung-Fu-Filme. Schauspieler wie der Hongkonger Superstar Jackie Chan sind damit groß geworden. Ansonsten wurden im Westen eher diejenigen chinesischen Künstler bekannt, die es mit der westlichen Kultur versuchen wie mit der klassischen Musik. Die chinesischen Pianisten Lang Lang oder Yujia Wang sind Weltstars geworden.

Auch chinesische Filme erreichen nicht die große Masse in Europa und Amerika oder bei den asiatischen Nachbarn. Zwar gibt es immer wieder Erfolge der kleinen Gruppe relativ unabhängiger Filmemacher, die bei Festivals in Europa Preise gewinnen. Doch große Publikumserfolge werden sie nicht. Die frühen Dramen des wohl berühmtesten Regisseurs Zhang Yimou über die Zeit der Kulturrevolution waren im Westen noch bekannt, seine neueren, aufwändig produzierten Historien- und Kostümfilme, mit denen er sich bei den Kulturfunktionären der Partei anbiederte, finden im westlichen Ausland kein Interesse. Auch andere in China beliebte Film-Regisseure wie Feng Xiaogang haben außerhalb Chinas den Durchbruch nicht geschafft.

Hinderlich wirkt die Sprachbarriere. Wer versteht schon Chinesisch und könnte Chinesischen Rap verstehen, zeitgenössische Literatur im Original lesen oder ein modernes chinesisches Theaterstück verfolgen? Es wird aber auch vieles übersetzt und schließlich gibt es die Sprachbarrieren auch in Japan, Korea und Taiwan und trotzdem kommen deren Kulturprodukte international an.

Die chinesische Führung kann derzeit nur von einer Zeit träumen, da chinesische Kultur etwa in den Zeiten der Tang- oder Ming-Dynastie nicht nur in seine Nachbarländer, sondern auch über die Seidenstraße bis in den Nahen Osten und nach Europa strahlte. Präsident Xi Jinping, dessen Ziel es ist, China seinen „angestammten Platz“ in der Welt wiederzugeben, will China wieder in den Glanz und Macht sehen, die es zu Zeiten des Kaiserreiches hatte. Dabei hätte die chinesische Regierung gern, dass die chinesische Kultur auch im Ausland wieder attraktiv wird.

Präsident Xi Jinping will, dass China nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell wieder führend wird. China soll mit „soft

Uncooler Konfuzius

KULTUREXPORT Erfolge werden durch Staatsdirigismus und Zensur gebremst



Die kleinformatischen Märchenfiguren der chinesischen Künstlerin Zhang Jing – hier bei einer Ausstellung in Peking – ziehen viele Menschen in den Bann. Ihre Werke werden auch im Ausland gerne gezeigt.

power“ wirken, einer Macht, die auf der Attraktivität von Kultur und Ideologie basiert, wie man dies neidvoll etwa in den USA oder in anderen westlichen Staaten und Japan sieht. Wie so oft, versucht Chinas Führung, mit staatlicher Planung zu richten, was sich spontan nicht so richtig entwickeln will. In China selbst heißt das, der „Ausbau einer „Kulturindustrie“, die mit staatlichen Mitteln gefördert, die der Partei genehme Unterhaltung und Inhalte verbreiten soll. Im Ausland hat die chinesische Regierung ein-

ne große Offensive weltweit mit ihren „Konfuzius-Instituten“ gestartet. Die sollen gemäß ihrem Auftrag nicht nur die chinesische Sprache, sondern auch chinesische Kultur verbreiten. Dabei entbehrt es nicht der Ironie, dass die kommunistische Regierung ihren Kulturexport gerade im Namen eines alten Philosophen ankurbeln will, dessen Einfluss sie ursprünglich in China ausmerzen wollte. Viel Geld wird investiert, 500 Institute wurden weltweit schon gegründet. In Deutschland gibt es 19 Konfuzius-Institute, die meis-

ten sind angedockt an Universitäten. Doch ein Blick auf die Programme der Konfuzius-Institute zeigt, dass die meisten am „klassischen“ Programm hängen bleiben. Neben dem Chinesisch-Unterricht kann man Kurse in Kalligraphie, in Qi Gong und Tai Qi oder in Traditioneller Chinesischer Medizin besuchen. Man kann chinesisches Kochen lernen oder an den Feiertagen Drachentänze bewundern. Nur wenige Institute greifen Pop-Kultur, politische Themen oder Gesellschaftsfragen des heutigen China auf.

Auch als sich die chinesische Kultur auf Geheiß der Kommunistischen Partei und des Regisseurs Zhang Yimou bei der Eröffnung der Olympischen Spiele in Peking von 2008 erstmals auf der Weltbühne präsentierte, stand auch schon die klassische Kultur im Vordergrund, etwa die Vorstellung der vier großen Erfindungen Chinas. Trotzdem ist der Ansatz der Konfuzius-Institute schon besser als die Bemühungen in den ersten Jahrzehnten der Volksrepublik, als Chinas vornehmlicher Kulturexport die Peking-Oper war und

deren kunstvolle Masken und Kostüme überall als Aushängeschild chinesischer Kultur gezeigt wurden.

Als Xi Jinping auf einer seiner ersten Deutschlandreisen mit deutschen Sinologen und Vertretern deutscher Konfuzius-Institute zusammentraf, beklagte er, dass es „Vorurteile“ gegen die Volksrepublik China gebe, weil die Ausländer die traditionelle Kultur Chinas nicht verstehen. Mit „Vorurteilen“ meint Xi Jinping westliche Kritik an der Einparteiensherrschaft in China mit ihren Menschenrechtsverletzungen und einem überbordenden Überwachungsstaat.

Ob er versteht, dass Chinas Umgang mit Dissidenten und Bürgerrechtlern und kritischen Künstlern abschreckend wirkt? Der mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete Schriftsteller Liu Xiaobo starb nach langer Haft im Gefängnis. Seine Frau, die Dichterin Liu Xia, stand während dieser Zeit jahrelang unter Hausarrest. Der international gefeierte Künstler Ai Weiwei saß für sein Engagement im Gefängnis. Als 2012 der Literaturnobelpreis an den chinesischen Schriftsteller Mo Yan verliehen wurden, entspann sich in Europa dann auch gleich eine Debatte darüber, ob er ein „Apologet des Systems“ sei, nicht aber über seine Werke und deren Qualitäten.

Tatsächlich ist es auch kaum mangelnde Kenntnis über Konfuzius als gerade die autoritäre Politik der Kommunistischen Partei, die einer Verbreitung chinesischer Kultur im Ausland im Weg steht. So gibt es für die jüngere Generation in westlichen Ländern, selbst wenn sie sich für Politik nicht interessieren, wohl kaum eine „uncoolere“ Vorstellung als die Tatsache, dass in China das Internet zensuriert ist und Dienste wie Facebook, Instagram und Whatsapp nicht erreichbar sind.

Potenzial für Hip Hop Aber auch nach außen wirkt die strikte chinesische Zensur – mit Youtube und Facebook sind zwei Kanäle von der Zensur geschlossen worden, die für die weltweite Verbreitung von neuen Trends verantwortlich sind. Mit der Abschottung des chinesischen Internets mit der „großen Brandmauer“ gegen außen verhindert die chinesische Regierung auch Verbreitung chinesischer Trends nach außen.

So hätte nach Meinung vieler Rap-Enthusiasten der chinesische Hip Hop das Potenzial, sich zu einem Kulturexporteurfolg Chinas zu entwickeln, doch gerade im Fall Hip Hop zeigen sich auch die durch die Zensur gesetzten Grenzen. Im Jahr 2018 wurde eine erfolgreiche Hip-Hop-TV-Show abgesetzt und Rapper dürfen nur noch im Fernsehen auftreten, wenn sie bestimmte Kriterien der Kultur-Funktionäre erfüllen, etwa keine Tattoos zu zeigen oder keine vulgäre Sprache zu benutzen. Oft ist aber nicht ganz klar, was die Zensoren stört. Und dann ist es allein schon diese Unsicherheit, die die Kreativität von Künstlern dämpft.

Auch im Ausland wird die chinesische Zensur aktiv, etwa indem chinesische Diplomaten vor Kulturveranstaltungen, die der offiziellen chinesischen Politik nicht gefallen, bei den Veranstaltern vorstellig werden und manchmal sogar über Proteste von chinesischen Auslandsstudenten zu verhindern suchen.

So bleibt die chinesische Kulturvermittlung in der Politik und der Zensur gefangen. Es ist nicht Verständnis der kommunistischen Führung, dass zur Darstellung der Kultur eines Landes auch deren kritische Reflexion gehört. Auch sieht sie nicht, dass „coole“ Kultur und „soft power“ sich durch Kreativität und nicht auf Geheiß entwickeln. So wird die Anziehungskraft chinesischer Kultur im Ausland weiter beschränkt bleiben.

Petra Kolonko

Die Autorin schreibt seit Jahrzehnten für die Frankfurter Allgemeine Zeitung über China. Sie war dort drei Mal politische Korrespondentin, zuletzt arbeitete sie von 2012 bis 2017 in Peking.

Umworben von Pekings Führung

AUSLANDSCHINESEN Die mehr als 40 Millionen »Huaqiao« treiben mit ihren Investitionen die Marktwirtschaft daheim voran

Es war ein Wendepunkt in der Geschichte der Volksrepublik. Im Jahr 1979 gab Parteiführer Deng Xiaoping die Weisung, in Süchina vier Wirtschaftssozialzonen auszuweisen. Während ganz China noch in bitterer Armut lebte und mit den Folgen der Kulturrevolution und der Planwirtschaft zu kämpfen hatte, sollte in den vier Enklaven der Kapitalismus in Gestalt ausländischer Investoren und Managements einziehen dürfen. Die Zonen wurden ein voller Erfolg, mit ihnen begann der wirtschaftliche Aufschwung Chinas.

Dass diese neuen Inseln des Kapitalismus an der südkinesischen Küste ausgewiesen wurden, hatte seinen Grund. Die kommunistische Führung, die damals im kapitalistischen Ausland noch nicht viele Freunde hatte, wollte als Investoren erst einmal reiche chinesische Unternehmer aus Übersee gewinnen, die Wirtschaftselite der „Huaqiao“, der Auslandschinesen. Ihnen wurden Steuervorteile und billige Arbeitskräfte geboten, gleichzeitig appellierte die chinesische Regierung an den „Patriotismus“ der Unternehmer. Sie sollten etwas zum Aufbau ihrer Heimat beitragen, denn die meisten dieser Auslandschinesen stammten aus den südkinesischen Provinzen Guangdong und Fujian.

Es war nicht selbstverständlich, dass auslandschinesische Unternehmer diesem Ruf folgten, waren viele von ihnen doch in den Grün-

dungszeiten der Volksrepublik von den Kommunisten vertrieben worden oder vor ihnen geflohen. Während der Kulturrevolution waren Chinesen im Ausland gar verteuftelt worden. Wer Verwandte in Übersee hatte, wurde der Spionage bezichtigt und die Chinesen waren damals gezwungen, ihre Beziehungen zu den fernem Verwandten zu kappen.

Die meisten „Huaqiao“-Gemeinden gehen schon auf frühere Auswanderungsbewegungen zurück. Im 19. Jahrhundert und zu Ende des Kaiserreiches gingen viele Chinesen nach Malaysia, Indonesien, auf die Philippinen, nach Singapur oder Hongkong, das damals noch britische Kolonie war, und wurden dort erfolgreiche Geschäftsleute. Insgesamt zählt man 40-60 Millionen Auslandschinesen, je nachdem ob man, wie die Pekinger Regierung das tut, die Bürger Taiwans dazu zählt. Etwa 29 Millionen leben in Südostasien. Außer durch Geschäftstätigkeit zeichnen sie sich auch durch starken Sippenzusammenhalt aus. Die chinesische Parteiführung scheint überzeugende Argumente und Versicherungen gehabt zu haben. Die Investitionen der

Auslandschinesen wurden die wichtigste Quelle ausländischen Kapitals in den neuen Enklaven Shenzhen, Shantou, Zhuhai und Xiamen. Die Sonderzonen wurden ausgeweitet und allmählich verbreitete sich das Modell in ganz China. Als nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung 1989 westliche Investoren sich kurzfristig vom chinesischen Markt zurückzogen, waren es wiederum die Auslandschinesen, die blieben.

In den 1990er Jahren kamen 80 Prozent aller ausländischer Investitionen in China von Auslandschinesen. Unter den Investoren waren Magnaten wie der Hongkonger Immobilienmagnat Li Kashing oder der chinesischemalaysische Milliardär Robert Kuok. Die Auslandschinesen haben einen unschätzbaren Beitrag zur Errichtung der chinesischen Marktwirtschaft geleistet, schreibt der Sinologe Oskar Weggel. Ohne sie wäre das Projekt der „Reform und Öffnung“ Chinas nicht so schnell vom Fleck gekommen. Mittlerweile sind Investoren aus aller Welt in der Volksrepublik vertreten und die chinesische Wirtschaft ist Teil der globalen Wirtschaft

»Die Chinesen im Ausland sind wichtig für den großen Wiederaufstieg der Nation.«

Xi Jinping, Staats- und Parteichef

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

Einstieg in die Chinesische Politik



»Mehr kann ein Band kaum leisten... [kann] nur empfohlen werden.«
Dr. Martin List, Lit-Tipps 9/2016, zur Vorauflage

Chinesische Politik
Nationale und globale Dimensionen
Von Prof. Dr. Dr. Nele Noesselt
2., aktualisierte und überarbeitete Auflage 2018, 252 S., brosch., 24,90 €
ISBN 978-3-8487-4238-7
nomos-shop.de/30055

Die Rolle Chinas in einem globalisierten internationalen System: Wechselwirkungen zwischen innenpolitischen Reformen und globalen Machtumschichtungen. Ein systematischer Überblick über die Außen- und Innensicht auf die chinesische Politik, illustriert durch ausgewählte Fallstudien.

Nomos eLibrary www.nomos-elibrary.de

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei unter: nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



AUFGEKEHRT

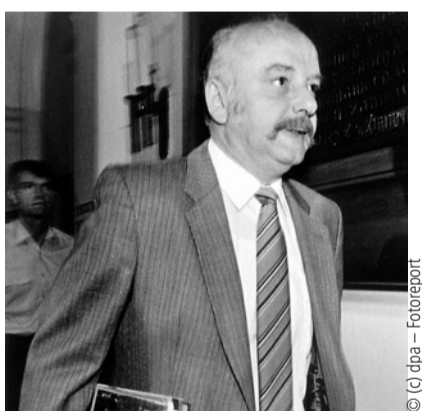
Rot-Gelb an der Fleischtheke

Im Sommerloch tun sich die interessantesten Konstellationen auf: Wer hätte denn gedacht, dass einst sozialistische Linke und die neoliberale FDP Seit' an Seit' zur Verteidigung des kleinen Mannes und der kleinen Frau marschieren...

VOR 35 JAHREN...

Fälscher vor Gericht

21.8.1984: Prozess um Hitler-Tagebücher. „Dem ‚Stern‘ ist die größte journalistische Leistung der letzten Zeit gelungen“, sagte Chefredakteur Peter Koch am 25. April 1983.



Fälscher Konrad Kujau betritt im August 1984 das Hamburger Landgericht.

mit, dass die angeblichen Hitler-Tagebücher Fälschungen sind. Angefertigt von dem Militariahändler Konrad Kujau, der Redaktion untergejubelt von Reporter Gerd Heidemann.

Benjamin Stahl



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

ORTSTERMIN: DEUTSCH-CHINESISCHER FREUNDSCHAFTSVEREIN MAINZ-WIESBADEN



Im einzigen chinesischen Teehaus von Mainz hat Xiu Yun Zeng (rechtes Bild) das Sagen. Jeden ersten Donnerstag im Monat trifft sich der Verein rund um den Vorsitzenden Kurt Karst (links von Xiu Yun Zeng) dort oder in chinesischen Restaurants der Stadt zum „Jour Fixe“.

Auf einen Tee mit den Meener China-Freunden

Eine blaue Schale mit Oolong- und Pu-Erh-Tee, mit grünen, weißen, roten und sogar gelben Teeblättern steht vor Xiu Yun Zeng. Alle stammen sie von derselben Pflanze.

„Oft können die Kinder in den Familien zwar gut Chinesisch sprechen, aber nicht lesen und schreiben. Das ist uns natürlich ein Anliegen“, sagt Karst. Neben den regelmäßigen Treffen organisiert der GDCC auch Lesungen, Schulaustausche, Hip-Hop-Projekte und Konzerte.

„Wir umschiffen das und reden eher im kleinen Kreis darüber, das ist effektiver“, sagt er. Viele Vereinsmitglieder ärgere das oft rein wirtschaftlich geprägte oder verzerrte China-Bild einiger Medien.

Lisa Brübler

LESERPOST

Zur Ausgabe 31-32 vom 29. Juli 2019 „Volles Programm“ auf Seite 13: Die deutschen Wähler haben sich durch die hohe Wahlbeteiligung einen Neustart für Europa erhofft.

gen EZB-Posten und wird, wie bereits angekündigt, den Draghi-Kurs der Nullzinspolitik fortsetzen. Müssen EZB-Präsidenten denn immer aus Ländern kommen...

Europäische Union muss dringend reformiert werden. Hans-Dieter Seul, Berlin

Zur Beilage „leicht erklärt“ vom 1. Juli 2019, „Bundeswehr im Kosovo. Der Einsatz wurde verlängert“: In der Beilage zur Verlängerung des Kosovoeinsatzes durch den Bundestag fehlt der Hinweis auf die massive Bombardierung Rest-Jugoslawiens...

Zur Ausgabe 21-23 vom 20. Mai 2019: Manchmal dauert es ein wenig, bis ich dazu komme, die Artikel zu lesen, die mich interessieren.

Karen Lill, Schifferstadt

Zur Ausgabe 27-28 vom 1. Juli 2019, „Das typische Prinzip“ auf Seite 10: Mein Haus, mein Auto, mein Hund – für den Erwerb dieser Dinge zahle ich Steuern: Grundsteuer für das Haus, Kraftfahrzeugsteuer für das Auto...

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament Platz der Republik 1 11011 Berlin redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 26. August.

PERSONALIA

->Uwe Looft † Bundestagsabgeordneter 1971-1972, CDU Am 24. Juli starb Uwe Looft im Alter von 80 Jahren.

->Hans-Otto Wilhelm † Bundestagsabgeordneter 1994-2002, CDU Hans-Otto Wilhelm starb am 19. Juli im Alter von 79 Jahren.

->Bartholomäus Kalb Bundestagsabgeordneter 1987-2017, CSU Bartholomäus Kalb wird am 13. August 70 Jahre alt.

->Uta Würfel Bundestagsabgeordnete 1987-1994, FDP Am 19. August begeht Uta Würfel ihren 75. Geburtstag.

->Christoph Poland Bundestagsabgeordneter 2009-2013, CDU Christoph Poland wird am 19. August 70 Jahre alt.

->Bärbel Sothmann Bundestagsabgeordnete 1990-2002, CDU Am 20. August begeht Bärbel Sothmann ihren 80. Geburtstag.

->Franz Peter Basten Bundestagsabgeordneter 1994-1998, CDU Franz Peter Basten begeht am 22. August seinen 75. Geburtstag.

->Wolfgang Meckelburg Bundestagsabgeordneter 1990-1994, 1995-2009, CDU Am 25. August wird Wolfgang Meckelburg 70 Jahre alt.

->Dieter Schloten Bundestagsabgeordneter 1990-2002, SPD Dieter Schloten vollendet am 26. August sein 80. Lebensjahr.

->Ulrich Schmalz Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU Am 26. August begeht Ulrich Schmalz seinen 80. Geburtstag.

SEITENBLICKE

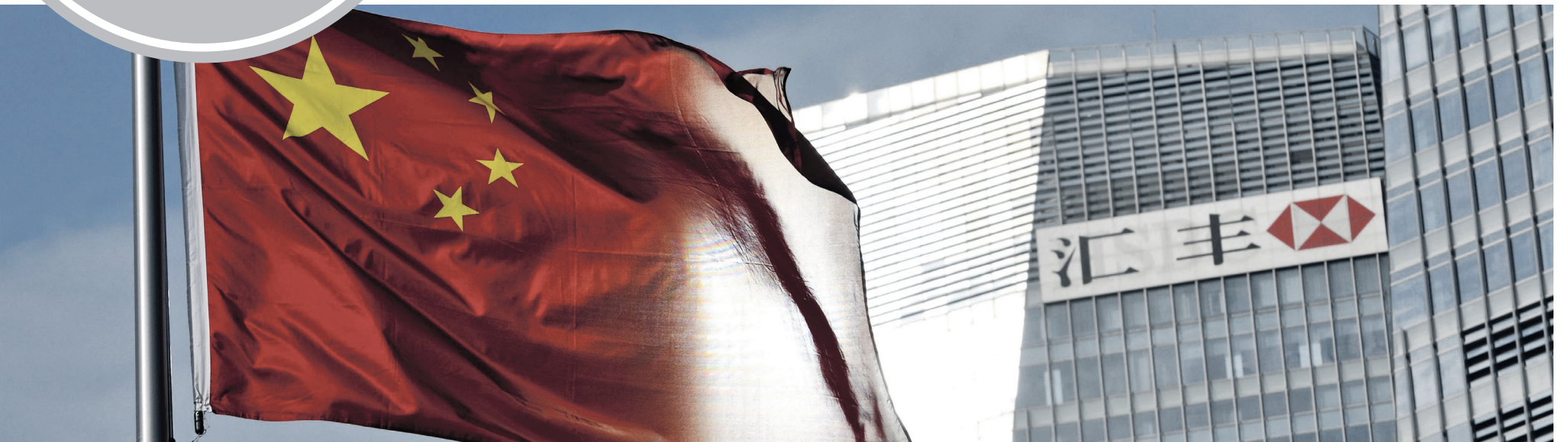


HUBBE 79

leicht
erklärt!

China

Auf dem Weg an die Spitze



Über China hört man in letzter Zeit immer wieder in den Nachrichten.

Denn:
China ist dabei,
eines der wichtigsten Länder
auf der Welt zu werden.

Im folgenden Text gibt es mehr Infos
zu diesem Thema.

Über China



China ist ein Land
auf dem Kontinent Asien.

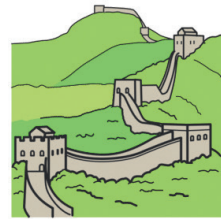
Es ist eins der größten Länder
auf der Erde.

Nur Russland, Kanada und die USA
sind noch größer.

China ist das Land,
in dem die meisten Menschen leben.

Und zwar etwa 1,4 Milliarden.

Die Hauptstadt von China hat den
Namen Peking.



Geschichte Chinas

Lange Zeit gehörte China zu den
wichtigsten Ländern der Welt.

China herrschte
über große Teile Asiens.

Das Land war moderner
als andere Länder auf der Welt.

Es gab dort zum Beispiel
die neuesten Geräte.
Und die besten Forscher.

Einige Erfindungen
gab es in China schon lange,
bevor man sie in Europa kannte.
Zum Beispiel Papier
und den Buch-Druck.

Vor ungefähr 200 Jahren hat sich das
geändert.



Europa und die USA machten große
Fortschritte.
So wurden sie moderner
und erfolgreicher als China.



China war nicht mehr so wichtig.

Zu dieser Zeit bestimmten dann die europäischen Länder über die Welt. Und etwas später übernahmen die USA dann diese Rolle.

Es kam zu Kriegen zwischen europäischen Ländern und China.

China verlor diese Kriege.

Mehr und mehr bestimmten europäische Länder, was China zu tun hatte.

Für China war das sehr beschämend. Es war eine große Katastrophe für das Land.

Probleme bekam China auch mit seiner Wirtschaft.

Mit dem Wort „Wirtschaft“ meint man alles, was mit der Herstellung und dem Verkauf von Waren zu tun hat.

Zur Wirtschaft gehört auch:

- Wie viele Arbeits-Plätze es in einem Land gibt.
- Wie viel Geld die Menschen in einem Land haben.

Je besser es der Wirtschaft in einem Land geht, desto besser geht es meist auch den Menschen.



Die Wirtschaft in China lief immer schlechter.

Große Teile der Bevölkerung waren arm.

Auch für Straßen, Schulen und andere Dinge war kein Geld da.



Etwa 100 Jahre lang war das so.

Vor ungefähr 40 Jahren hat China dann beschlossen: Es will wieder zu den wichtigsten Ländern der Welt gehören.



Es will sogar wieder das wichtigste Land auf der Welt werden.

Andere Länder sollen nicht mehr über China bestimmen.

Stattdessen will es mitbestimmen, was andere Länder auf der Welt tun.

Stärkere Wirtschaft

Das Ziel will China vor allem auf eine Weise erreichen:

Es will das Land mit der stärksten Wirtschaft auf der Welt werden.

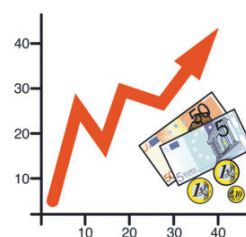
Denn: Ein Land mit starker Wirtschaft kann auf der ganzen Welt mitbestimmen.

Im Moment sind die USA das Land mit der stärksten Wirtschaft.

Aber China ist auf Platz 2.

Denn: Die Wirtschaft in China wird seit Jahrzehnten größer.

Es wird mehr hergestellt. Es wird mehr verkauft. Und die Menschen haben immer mehr Geld zur Verfügung.



China hat einen Plan gemacht, wie es seine Wirtschaft stärken will.

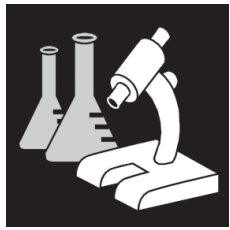
Es will das wichtigste Land in folgenden Bereichen sein:

- Telefon und Internet
- Eisen-Bahnen
- Strom-Versorgung

Außerdem will China zu den zwei oder drei wichtigsten Ländern in folgenden Bereichen gehören:

- Roboter
- Maschinen, die die Arbeit von Menschen erledigen
- Fahrzeuge, die mit Strom fahren





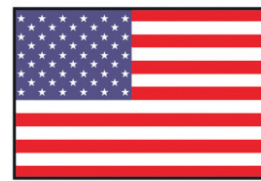
Dazu macht das Land verschiedene Dinge.

Es gibt viel Geld dafür aus, neue Dinge zu erfinden.

Und auch für neue, moderne Firmen.

Außerdem sollen immer mehr Maschinen in der Herstellung benutzt werden.

Im Moment wird in China noch sehr viel Arbeit von Hand erledigt.



Chinas Erfolg wird von vielen Ländern nicht gern gesehen.

Streitigkeiten gibt es zum Beispiel im Moment mit den USA.

Die wollen durch China natürlich nicht von Platz 1 gestoßen werden.

Sie versuchen deswegen im Moment, es für China schwerer zu machen, Waren zu verkaufen und zu kaufen.



Um die Ziele zu erreichen, braucht China Wissen über Wissenschaft und Technik.

Dieses Wissen kann es nicht alles selbst erforschen.

Deswegen macht es Folgendes:

Chinesische Firmen kaufen Firmen aus anderen Ländern.

Und zwar die Firmen, die das nötige Wissen haben.

Dann kann China dieses Wissen nutzen.

Und wenn jemand aus einem anderen Land in China eine Firma aufmachen will, muss er mit einer chinesischen Firma zusammenarbeiten.

Und er muss sein Wissen teilen.

Viele Menschen machen sich auch Sorgen, wenn China in der Welt zu viel zu sagen hat.

Denn: China ist keine Demokratie.

In einer Demokratie gibt es zum Beispiel Wahlen.

Und die Menschen-Rechte werden beachtet.

Menschen-Rechte sind Rechte, die jeder Mensch auf der Welt hat. Er muss dafür nichts tun. Er hat sie einfach, weil er ein Mensch ist.

Zum Beispiel:

- Jeder Mensch hat das Recht, frei und in Sicherheit zu leben.
- Kein Mensch darf ohne Grund in ein Gefängnis gesperrt werden.
- Jeder Mensch hat das Recht, seine Meinung zu sagen. Dafür darf man ihn nicht bestrafen.



Experten gehen davon aus: China wird sein Ziel erreichen.

Es wird so modern werden wie andere Länder auf der Welt.

In einigen Jahren wird es das Land mit der stärksten Wirtschaft sein.

Die USA werden dann nur noch auf Platz 2 sein.

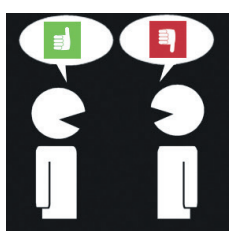


Richtige Wahlen gibt es in China nicht.

Und an die Menschen-Rechte hält sich China auch nicht.

Und viele Menschen fürchten: Wenn China in der Welt zu viel zu sagen hat, dann könnte das auch in anderen Ländern schlecht für die Menschen-Rechte sein.

Gut oder schlecht?



Im Moment gibt es darum viele Gespräche über China.

Dabei geht es um die Frage:

Ist der Erfolg von China gut oder schlecht für Deutschland, Europa und die Welt?



Auch in Deutschland gibt es Menschen, denen China Sorgen macht.

Sie fürchten, dass China in immer mehr Bereichen erfolgreicher ist als Deutschland.

Das könnte dann schlecht für die deutsche Wirtschaft sein.

Und dann könnte es den Menschen in Deutschland schlechter gehen.



Einige finden deswegen:

Man muss versuchen, den Erfolg von China zu bremsen.

Damit es nicht zu mächtig wird.

Ansonsten will China vielleicht alles auf der Welt bestimmen.

Und andere Länder haben vielleicht nichts mehr zu sagen.

Anderer sehen das ganz anders.

Sie sind eher der Meinung:

Den Erfolg von China kann man ohnehin nicht aufhalten.

China wird in den nächsten Jahr-Zehnten zum mächtigsten Land auf der Welt werden.



Anderer Länder müssen sich darauf einstellen.

Sie müssen die Dinge so regeln, dass sie dann noch eine Chance haben.

Außerdem kann der Erfolg von China auch gut für andere Länder sein.

Zum Beispiel für Deutschland.

Wenn in China die Menschen immer mehr Geld haben, dann kann auch Deutschland ihnen Dinge verkaufen.



Das ist dann wieder gut für die deutsche Wirtschaft. Und für die Menschen in Deutschland.

Manche Menschen warnen aber: Man sollte nicht zu eng mit China zusammenarbeiten.

Denn:

Man darf ein Land nicht unterstützen, in dem es keine Menschen-Rechte gibt.

Anderer sagen aber:

Gerade deswegen sollte man mit China zusammenarbeiten.

Denn dann werden die Menschen-Rechte dort vielleicht besser beachtet.



Schwieriger Umgang

Der Umgang mit China ist also eine schwierige Sache.

Es gibt gute und schlechte Dinge daran.

Klar ist aber:

China ist ein bedeutendes Land. Und es wird noch wichtiger werden.

Man muss sich also genau überlegen, wie man damit umgehen will.



Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichten Werk

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / imageBROKER, Fotograf: Norbert Eisele-Hein. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 33-34/2019
Die nächste Ausgabe erscheint am 26. August 2019.